Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 260 | Wilhelmshaven | September 2011

Stichtag: 11.9.

Wilhelmshaven wählt einen neuen Stadtrat und einen neuen Oberbürgermeister - Seite 4 -

Auswahl

➤ Hände weg vom Grodendamm heißt es laut und deutlich auf Seite 3. Ein klares Handlungskonzept muss sofort auf den Tisch!

➤ Ab Seite 4 haben die neun OB-Kandidaten das Wort. Wir stellten ihnen je 6 Fragen und bekamen 54 Antworten.

➤ Das Kraftwerk von GDF-SUEZ hat Probleme mit den Schweißnähten des Kessels. Ob das Projekt noch wie geplant in Betrieb gehen kann, versuchen wir auf Seite 7 zu klären.

➤ Mogeleien sind ja eigentlich erlaubt - man darf sich nur nicht erwischen lassen. Erwischt wurde Niedersachsens Kultusminister Althusmann, für uns ein Grund, darüber auf der Seite 8 zu plaudern,

➤ Die KZ-Gedenkstätte am Alten Banter Weg soll vergrößert werden. Infos zur Ratsanfrage des Linken-Ratsherren Janssen gibt es auf Seite 9.

➤ Ist Wilhelmshaven auf die Energiewende vorbereitet? Wir fragen auf Seite 10 nach.

➤ Wilhelmshaven braucht "Gute Arbeit". Der DGB erklärte Politik und Verwaltung auf einer Infotour den Unterschied zwischen guter und schlechter Arbeit. Wir versuchen's auf Seite 11.

➤ Ein Verein zum Erhalt der Südzentrale hat sich gegründet. Seite 12.

➤ Wann endlich wird das Problem der Fäkalieneinleitungen am Südstrand der Vergangenheit angehören? Auf Seite 13 gibt es "Fäkales" von Werner Biehl.

➤ Hartz IV+Recht gibt es diesmal auf Seite 14 und auf Seite 15 berichten wir über die Vorstellungsrunde der OB-Kandidaten bei der ALI.

➤ In den Ruhestand geht der DGB-Vorsitzende Manfred Klöpper. Wir berichten auf Seite 16.

www.gegenwind-whv.de

- *Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papierausgabe nicht mehr unterbringen konnten*
- *Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung*
- *Hier finden Sie alle Gegenwind-Artikel seit 1998*

Nachrichten

Jonathan ist zurück!

In der letzten Ausgabe des Gegenwinds berichteten wir vom drohenden Ende des Naturkostladens Jonathan sowie von seiner Rettung in letzter Sekunde durch Rainer Büscher und Joshua Brück.
Seit dem 1. August stehen die Tore nun wieder weit offen.
Vieles habe sich geändert, sagte Rainer Büscher zum Gegenwind: Neben dem neuen Anstrich und der neuen Gestaltung des Ladens habe Jonathan nun ein neues, erweitertes Sortiment anzubieten.
So können Kunden von nun an nicht nur wie gewohnt ihr Bio-Vollkornmehl fertig abgepackt kaufen, sondern auf Wunsch auch frisch im Laden mahlen lassen. Ebenso deutlich ausgebaut wurde das vegane Angebot. Veganes Gyros, Kebap, Schnitzel und vieles mehr, was des Tierschützers Herz begehrt, gibt es nun im Laden zu entdecken.
Absolutes Highlight ist die "Hanfecke". Vom Hanfmehl über -schokolade und -bier bis zur Hanflimonade ist alles zu finden. Natürlich rauschfrei, versteht sich!
Künftig wird es auch einen Lieferservice geben, und das Preisniveau wird sich nach unten absenken, so Rainer Büscher.
Beil aller Innovation bleiben selbstverständlich das hohe qualitative Niveau und die freundliche und kompetente Beratung Teil des "Konzepts Jonathan".(mt)

Kottek macht Sinn!

Unser Noch-OB Eberhard Menzel hat klargestellt, dass die Entwicklung des vom Rat beschlossenen Gewerbe- und Industriegebiets im Bebauungsplan Nr. 174 (Antonslust) unverändert weiter verfolgt werde. Damit hat er den Stadtbaurat Kottek, der zuvor erklärt hatte, ein geplantes Gewerbegebiet werde dort nicht mehr benötigt, in die Schranken verwiesen (Pressemitteilung der Stadt Wilhelmshaven, 18.08.11).
Nun ist es natürlich ärgerlich für einen Oberbürgermeister, wenn solche Aussagen ohne Abstimmung in die Öffentlichkeit getragen werden. Doch die Aussage von Herrn Kottek macht trotzdem Sinn: Denn die JadeWeserPort Logistics Zone GmbH & Co KG hat die Suche nach einem Truck-Vorstopp zur Entlastung des JWP aufgegeben; und ohne diesen kann man das Gewerbegebiet mangels Nachfrage getrost begraben.
Schon zuvor war die JWP Logistics auf der Suche nach einem Truckstopp außerhalb des JWP-Hafengrodens gescheitert:
"Lärmschutz setzt geplantem 'Truck Stopp' enge Grenzen" titelte die WZ am 10.09.2008. Offenbar wurde das Vorhaben, zwischen dem Niedersachsendamm und der Posener Straße (gegenüber der JadeWeserPort Info-Box) wegen der in der schalltechnischen Untersuchung errechneten erheblichen Überschreitungen der Lärmgrenzwerte in Rüstersiel-Nord und Voslapp-Süd still beerdigt. Mit dazu Beitrag geleistet haben dürften Sicherheitsbedenken wegen der in der Nähe vorbeiführenden Chlorgas- und Wasserstoffleitung. Weiter schrieb die WZ: *"Als Alternative war der in Bau befindliche JadeWeserPark in Roffhausen ins Auge gefasst worden."* Auch da hat man aber nichts mehr von gehört.
Doch am 27.01.11 ist die Verwaltung vom Rat der Stadt damit beauftragt worden, einen Bebauungsplan für ein Industrie- und Gewerbegebiet an der A29 bei Antonslust zu erarbeiten. In der Begründung heißt es u.a. sibyllinisch:
"Das Plangebiet liegt direkt an der BAB-Ausfahrt Fedderwarden, aber auch in geringer Entfernung zum JadeWeserPort (ca. 7,5 km) und ist somit in kürzester Fahrzeit zu erreichen. Somit also insbesondere für die Logistikbranche prädestiniert. Darüber hinaus können mit einem derartigen Gewerbe- und Industriegebiet die verkehrsintensiven Nutzer so gesteuert werden, dass andere Bereiche der Stadt nicht mit diesen Nutzerarten belastet werden."
Da kann sich natürlich jeder aussuchen, was darunter zu verstehen ist. Aber wenn man das weit gefasste Wort 'Logistikbranche' auf 'Fuhrunternehmen' herunterbricht und weiß, dass noch immer ein Truck-Vorstopp gesucht wird, dann sieht man schon etwas klarer.
Doch das ist Schnee von gestern, denn die JWP Logistics hat sich inzwischen für ein 'Truck Service Center' mit Parkgelegenheit für 277 Trucks sowie angegliedertem Tankstellen- und Reparaturbetrieb im Güterverkehrszentrum auf dem JWP-Hafengroden entschieden. Und wie gesagt: Ohne einen Truck-Vorstopp macht – mal abgesehen von dem vorgesehenen Bau eines Umspannwerks - ein Gewerbegebiet bei Antonslust keinen Sinn mehr. Und Herr Kottek hat dem mit seiner Aussage nur etwas voreilig im Alleingang Rechnung getragen. (jm)

Gift und Galle

Die tageszeitung (taz) berichtete am 24. August unter der Überschrift "Verschwörung gegen Komplott" über die des öfteren auch vom Gegenwind berichteten Vorkommnisse in der Wilhelmshavener Linken (http://www.taz.de/!76863/). In dem von Jean-Philipp Baeck verfassten Artikel kommen alle Seiten zu Wort – der neue Vorstand, der alte Vorstand, der niedersächsische Parteichef Sohn, die Landesgeschäftsführerin Kaminski. Und der taz-Redakteur muss an dieser Informationsflut schier verzweifelt sein, wie die Überschrift "Verschwörung gegen Komplott" belegt.
In dem Artikel gibt es eigentlich keine neuen Erkenntnisse, und man hätte ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können. Doch dem neuen Vorstand der Linken gefiel wohl nicht, dass auch der alte Vorstand zu Wort kam. Und so dauerte es nicht lange, bis eine vom Vorstandsmitglied der Linken Klaus Heckenbach veröffentlichte Pressemitteilung in Wilhelmshaven die Runde machte.
In der taz hieß es: *Zwischen SPD und Antifa, Ex-Nazis und Sarrazin: In Wilhelmshaven reibt sich die Linkspartei in internen Querelen auf. Dabei geht es nicht um inhaltliche Differenzen, sondern um persönliche Intrigen.* Heckenbach in der Pressemitteilung dazu: "Es ist aber kein internes Problem der LINKEN mehr, wie die taz schreibt, DIE LINKE ist mit ihnen (*ehem. Vorstand -red*) nach dem Jahr 2010 des politischen Nichts schnell fertig gewesen. Heute sitzen sie mit ihrer fantastischen Winkelschreiberei im "Gegenwind", Stopp Rechts, Tim Sommer. de, BASU, Bürger-whv.de; Gerold-tholen. de. In Wirklichkeit immer dieselbe kleine von Neid und Missgunst zerfressene Gruppe, die leider noch von zu Wenigen durchschaut wurde und in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen hat."
Vergessen hat der Ratskandidat der Linken bei seiner Aufzählung vielleicht noch das Wilhelmshavener Netzwerk gegen Rechts. Doch der Wilhelmshavener Linken bleibt ja für ihre Pressemitteilungen immer noch die Seite von Radio Abonga.
Ob sich die künftigen Ratsmitglieder der Linken mit Aussagen wie "von Neid und Missgunst zerfressene Gruppe, die ... in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen hat" einen guten Dienst erwiesen haben, ist schwer vorstellbar. (hk)

Auch der Gegenwind

sah sich genötigt, einen Kommentar zu dem taz-Artikel abzugeben. In dem Artikel wurde behauptet, dass "in deren Redaktion ... die Linkspartei abgeschrieben" sei. Dazu schrieb der Gegenwind: *Die Linkspartei ist in unserer Redaktion nicht abgeschrieben. Abgeschrieben ist nur ein bestimmter Teil der Wilhelmshavener Linken um das erwähnte Epizentrum. Ansonsten stehen wir der Partei Die Linke zwar kritisch, aber dennoch wohlwollend gegenüber. Linke Politik und linke Inhalte werden immer eine Grundlage des Gegenwind sein.* http://www.taz.de/Linkspartei-in-Wilhelmshaven/Kommentare/!c76863/ (hk)

Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland ALI

Rechtzeitig

zur ALI-Versammlung im Juli erschien das "Alg II-Info", die Vereinszeitung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Diese erste Ausgabe hat 15 Seiten (erst mal noch) ohne Werbeanzeigen, sieht man von der Eigenwerbung für die ALI samt ihren Beratungsterminen ab. Thematisch ist die Zeitung – natürlich – beschränkt auf Arbeitslosengeld II, doch es sind interessante Artikel darin. Lesenswert! (noa)

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
eMail: gegenwind.whv@t-online.de
Redaktion: Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint unregelmäßig - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.09.2011

www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Hände weg vom Grodendamm

Die Öffnung des Grodendamms bedeutet, dass neben der Pest auch die Cholera den See befällt.

(hk) Seit Jahrzehnten ist das Thema Banter See in der Diskussion; seit Jahrzehnten wird nur rumgeblubbert. In diesem (Kommunal-) Wahljahr ist die Diskussion etwas intensiver und durchaus z.T. auch ergebnisorientierter. Nur an eine wirkliche Lösung traut sich niemand ran.

Der Banter See war ja schon des Öfteren Thema im Gegenwind, und so können wir aus einem älteren Artikel zitieren, um einen kurzen Überblick über die Situation des Sees zu geben.

Wir beziehen uns u.a. auf einen Bericht über eine Veranstaltung des "Club zu Wilhelmshaven" im Jahre 2007 mit dem Oldenburger Professor Schuller, der bis zu seiner Pensionierung an der Universität Oldenburg im Fachgebiet Umweltanalytik und Ökochemie tätig war. Den gesamten Artikel können Sie im Internet unter http://www.gegenwind-whv.de/a22602.htm nachlesen.

Prof. Schuller befasst sich seit 1987 mit der Problematik des Banter Sees – "ein schwieriger See", wie Schuller gleich einleitend klarmachte. Schwierig ist der Banter See, weil er eigentlich kein richtiger See ist. Entstanden ist er bekanntlich als zum Kriegshafen gehörendes Hafen- und Werftbecken. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Hafenbecken vom Großen Hafen und damit vom Austausch mit über die Schleusen in den Hafen gelangendes Salzwasser abgetrennt.

Es entstand ein See, der mit einem natürlichen See nichts gemein hat. "Der Banter See ist ein künstlicher See, missbraucht und geschunden", so Prof. Schuller. An Stelle der schilfbestandenen Uferbereiche (Litoralzone) wird der Banter See von Kaianlagen begrenzt, die eine 'normale' Entwicklung des Sees behindern.

Während der jahrzehntelangen Nutzung als Hafenbecken wurden die Fäkalabfälle der Betriebe und Schiffe in den See geleitet. Die technischen Prozesse in dem Militärhafen, die Korrosionsschutzanstriche der Schiffe – alles Quellen des hohen Phosphorvorkommens. Bis in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gab es auch noch keine Kläranlagenpflicht für die am See angesiedelten Klein- und Freizeitgärtner. So hat sich nach Meinung von Prof. Schuller eine ordentliche Sedimentschicht mit dem entsprechenden Phosphatgehalt bilden können – eine mögliche Ursache für die Blaualgenblüte, die beinahe in jedem Jahr zu Badeverboten im See führt.

Doch das allein kann nicht die Ursache für das massenhafte Auftreten der Blau- oder Cyanobakterien sein. Prof. Schuller schilderte den Vorgang, wie es zur Entstehung der sogenannten Sprungschicht kommt und was diese mit der Entstehung der Cyanobakterien zu tun hat. Es findet keine Durchmischung der unteren Wassermassen mit dem sauerstoffreichen Oberflächenwasser statt. Eine Zirkulation findet nur noch in der oberen, über der Sprungschicht liegenden Deckschicht statt.

Und die Konsequenz daraus? Ins Tiefenwasser sinken alle 'Leichen' – von Phytoplankton bis zum Fisch - herab und werden bakteriell abgebaut. Dazu ist Sauerstoff nötig, der aber wegen der Sprungschicht nicht so schnell von oben nachgeliefert wird. Dadurch werden das Tiefenwasser und das Sediment sauerstoffarm bis -frei. In Folge löst sich das bisher als Eisenphosphat gebundene Phosphat im Wasser und 'befeuert' so die nächste Blüte. Da dazu aber Nitrat und Phosphat in bestimmten Verhältnissen benötigt werden, aber im Sommer kaum noch freies Nitrat verfügbar ist, können in dieser Situation nur Blaualgen florieren, da sie den nötigen Stickstoff nicht aus dem Nitrat holen (es gibt ja kaum welches), sondern aus aus der Luft gelöstem Stickstoff. Ein Alleinstellungsmerkmal, das eine konkurrenzlose Stellung ermöglicht. Deshalb baut man als Kleingärtner Gründüngung wie Senf etc. an, da diese in Symbiose mit Knöllchenbakterien leben, die dieses ebenfalls können – eine Düngung des Gartens ist die Folge. Soweit der Gegenwind im April 2007.

Wofür brauchen wir den Banter See?

Klarstellen müssen wir, wie wir den Banter See nutzen wollen. Er soll nutzbar sein für Schwimmer und Taucher, in bestimmten Bereichen auch für Windsurfer, Segler und andere motorunabhängige Wassersportarten. Die Uferbereiche sollen in erster Linie der Erholung und der Strandnutzung dienen, vorhandene Nutzungen (Freizeitgärten) müssen weiterhin möglich sein. Alle Planungen in und um den Banter See müssen sich der Freizeitnutzung unterordnen. Man kann den Wilhelmshavener BürgerInnen nicht den Sandstrand im Norden nehmen und dann auch noch den Banter See mit allen möglichen Nutzungen zupflastern.

Es muss verhindert werden, dass zusätzliche Nutzungsarten (z.B. motorgetriebene 'Donuts' u.ä.) die problematische Situation des Banter Sees noch verschärfen.

Qualität sinkt

Die Situation des Sees hat sich in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Taucher erzählen, dass man im See eigentlich nichts mehr sehen kann. In einer solchen Situation die Beseitigung des Grodendammes zu fordern, würde bedeuten, dass das stark belastete Kanalwasser noch zu einer Verschärfung der Lage führen würde, denn der Phosphatgehalt des Kanalwassers ist noch höher als der des Banter See-Wassers. Die Ursache hierfür liegt in den Dünger-Einträgen (vom Kuhfladen bis zum Kunstdünger), die über die Felder Ostfrieslands und Frieslands in den Kanal eingetragen werden. Zudem ist das Kanalwasser durch die Moorgebiete extrem getrübt (dadurch wird hier auch die Blaualgenentstehung verhindert). Im Kanal ist die Sicht bis ca. 1,5 Meter Wassertiefe gut – in tieferen Bereichen ist nichts mehr zu sehen. Eine Öffnung des Grodendamms würde nun dazu führen, dass vielleicht die Blaualgenblüte gestoppt werden könnte, eine Nutzung als Tauchgewässer wäre aber für alle Zeiten unmöglich.

Salzwasser rein – Phosphate raus

Um die Situation grundlegend zu verändern muss nicht nur dafür gesorgt werden, dass keine neuen Nährstoffe eingetragen werden – die Umleitung des Rhynschlotes ist hier schon ein wichtiger Schritt gewesen – es muss auch dafür gesorgt werden, dass Phosphate entfernt werden. Ein Weg dazu ist sicherlich ein Schilfgürtel (der aber auch bewirtschaftet, also gemäht und entsorgt werden muss), aber auch Fische und Muscheln können Teil der Problemlösung sein. Aus einem Brief der Bürgerinitiative Umweltschutz Wilhelmshaven (BUW) vom Juni 1990: "Im Banter See spielen Fische keine entscheidende Rolle, dagegen aber Mies-, Sandklaff- und Herzmuscheln als Großfiltrierer von Phytoplankton. Eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch z.B. vermehrte feste Besiedlungsflächen für Miesmuscheln (Pfähle etc.) und ihr regelmäßiges Abernten würde zur Reduzierung der Nährstoffmengen führen." (Offener Brief an den Rat und die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven – Überlegungen zur Eutrophierung des Banter Sees und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung)

Salzgehalt

Die Erhöhung des Salzgehaltes des Sees würde diese Entwicklung unter- ➡

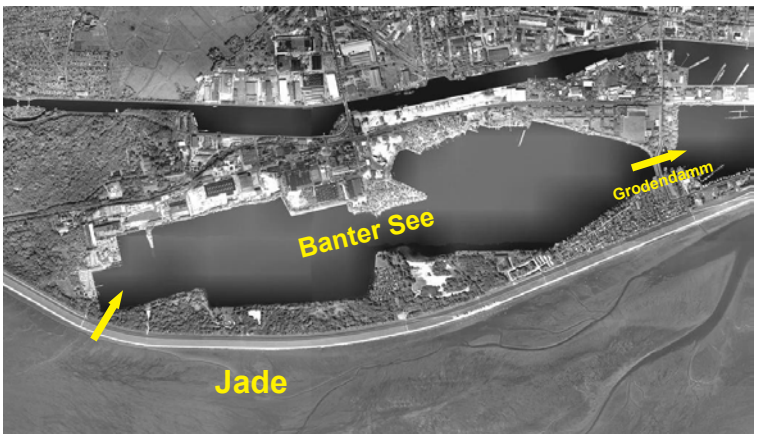


Bild: Zweiseitige Öffnung des Banter Sees (Wasseraustausch): *Zufuhr salzhaltigen Wassers aus demJadebusen; dadurch gute Durchströmung, bessere Sauerstoffversorgung, höhere Salinität (Umstellung der ökologischen Verhältnisse); schneller Phosphataustrag aus dem Wasser über den Großen Hafen in die Jade; sukzessiver Austrag von Phosphat aus dem Sediment und kontrollierter Übergang zum Großen Hafen (Vermeidung des Eintrags wassergefährdender Stoffe und Nährstoffe.) Quelle: Projekt - Banter See in Wilhelmshaven, Ingenieurbüro Manzenrieder*

stützen. Der Salzgehalt des Banter See-Wassers ist von 1,4% im Jahre 1977 auf 0,6 % im Jahre 2011 gesunken.

Durch den Bau einer Zuleitung vom Jadebusen könnte salzhaltiges Nordseewasser in den Banter See eingebracht werden. Die Reduzierung von Schwebstoffen aus dem Nordseewasser dürfte heute technisch kein großes Problem sein. Hier ist natürlich darauf zu achten, dass der Salzgehalt im Banter See nicht so hoch wird, dass das Schilf nicht mehr existieren kann.

Gleichzeitig muss belastetes Banter See-Wasser aus dem See entfernt werden. Das kann durch eine Leitung geschehen, die z.B. durch den Grodendamm getrieben wird. Während das zulaufende Nordseewasser fast an der Wasseroberfläche in den See gelangt, kann das belastete Banter See-Wasser aus mindestens 8 Meter Tiefe durch den Grodendamm den See verlassen. Hier gibt es mit Sicherheit auch die Möglichkeit, die Entnahmebereiche variabel einzurichten, also aus bekanntermaßen hochbelasteten Gebieten die Phosphate abzupumpen. Das ist sicher eine kleine Herausforderung, aber mit dem in Wilhelmshaven vorhandenen Know-how dürfte das zu schultern sein.

Es geht beim Banter See nicht um eine Re-Naturierung, wie sie in so vielen Leserbriefen und Äußerungen gefordert wird, es geht darum, aus einem ehemaligen Hafenbecken einen möglichst naturnahen (d.h. sich selbst im Gleichgewicht haltenden) See für die oben beschriebenen Nutzungen zu machen.

Mit allen anderen Spielereien, z.B. dem Einsatz von Bentophos oder der Entfernung des Grodendamms, lassen sich vielleicht kurzfristige Erfolge erzielen, nur eine dauerhafte Lösung bieten all diese Maßnahmen nicht.

Natürlich wissen wir alle nicht, was uns der Banter See noch an Überraschungen bietet – liegen da unten vielleicht Phosphorbomben oder andere 'Erinnerungen' an die ehemalige Nutzung? Ist das vielleicht der Grund dafür, dass man sich nicht so richtig an das Problem herantraut? Kann es sein, dass der belastete Dreck aus dem Banter See letztendlich als Sondermüll entsorgt werden muss?

Wenn der Banter See wieder als Freizeit- und Badegebiet nutzbar werden soll, kann es nur die beschriebene Lösung geben: Der Banter See muss mit Salzwasser durchströmt werden der Zufluss von Schadstoffen und der Phosphatgehalt müssen drastisch reduziert werden!

Das geht natürlich nur mit ständiger wissenschaftlicher Begleitung – aber auch dafür haben wir in Wilhelmshaven die richtigen Leute und Institute. ❑

Alle Neune

Fragen an die Kandidaten für das Amt des Wilhelmshavener Oberbürgermeisters

(hk) Vielleicht kann schon kein Wilhelmshavener Bürger das Wort "Oberbürgermeister" mehr hören. Da werden 9 Leute seit über einem Monat kreuz und quer durch die Stadt getrieben, um überall auf die selben Fragen die gleichen Antworten zu geben. Da wollte natürlich auch der Gegenwind nicht hintenanstehen – auch wir stellten den neun Kandidaten Fragen, die wahrscheinlich schon alle gestellt haben. Hier gibt es 6 Fragen und 54 Antworten.

1. Welche Vorstellungen haben Sie für die Zukunft der Stadt unter Berücksichtigung des prognostizierten demografischen Wandels?

Stefan Becker (unabhängig): Wir leben in einer Zeit der ständigen Veränderung, die auch unsere Stadt herausfordert. Die Gefährdungen unserer Umwelt, die stetig wachsende Globalisierung, die Anforderungen an die Wirtschaft, die immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit und natürlich der demografische Wandel sind die Herausforderungen unserer Zeit. Diesen gilt es sich zu stellen und die Chancen, die sich hieraus ergeben, zu nutzen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sowie Tourismus.

Wenn wir unsere Stadt attraktiv und lebenswert gestalten dann können wir uns dem demografischen Wandel entgegenstemmen. Die Stadt braucht hierfür ein mittel- sowie langfristiges Leitbild für die Stadtentwicklung, das auch wirklich eingehalten wird.

Michael von den Berg (Grüne): Ich nehme die Herausforderung des demografischen Wandels an. Wichtig ist dafür, dass wir unsere Daseinsfürsorgepflicht ernst nehmen. Deswegen gibt es mit mir keine Privatisierung der Krankenhäuser, einen Ausbau des Nahverkehrs, optimale Versorgung in allen Stadtteilen, bezahlbaren Wohnraum, kurze Wege sowie spezielle Bildungs- und Freizeitangebote.

Nils Böhme (unabhängig): Wilhelmshavens Einwohnerzahl wird sich bei 75.000 stabilisieren, das verdanken wir dem "WHV 2030-Programm". Der Anteil an älteren Einwohnern wächst weiter, was direkte Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur hat. Dennoch gelingt es zugleich, jüngere Menschen in WHV zu halten, zumal ihre Ausbildung an konzentrierten schulischen Standorten und ihre Vermittlung in zukunftsfähige Berufe besser geworden sind.

Rainer Büscher (Die Piraten): Die Stadt Wilhelmshaven wiederbeleben, prekäre Arbeit bekämpfen und diese Stadt wieder lebenswerter machen.

Fred Iken (Die Friesen): Durch Zusammenarbeit in der Jade Bay Region wollen wir den Abwärtstrend stoppen, ein Schuldenabbau / Schuldenerlass ist durch den Zusammenschluss der Jadebayregion möglich.

Thomas Städtler (SPD): Der demografische Wandel ist Chance und Risiko zugleich. Die Bereiche Pflege, ärztliche Versorgung, seniorenspezifische Dienstleistungen und Freizeitbeschäftigung bekommen eine immer größere wirtschaftliche Bedeutung. Durch eine demografiegerechte Stadtentwicklungsplanung besteht die Chance einer besonderen Profilierung in diesem Bereich. Das Risiko besteht darin, dass der Unterbau in Form jüngerer und sozialversicherungspflichtig beschäftigter Menschen in Wilhelmshaven immer weiter schrumpft, wenn diese nicht durch ein qualifiziertes Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot in der Stadt gehalten werden können. Hierfür muss eine aktive und auf familien- und inhabergeführte Unternehmen konzentrierte Wirtschaftsförderung investitionsfreundliche Rahmenbedingungen gewährleisten.

Dr. Michael von Teichman (FDP): Der demographische Wandel ist neben der hohen Arbeitslosigkeit in Wilhelmshaven eine wesentliche Herausforderung. Die Schrumpfung der Stadt ist unausweichlich und wird zu Leerständen im Bereich Wohnungen führen, aber auch die Geschäftswelt betreffen. Wir können daher z.B. keine neuen Baugebiete ausweisen, müssen über den Abriss von Gebäuden nachdenken und Brachflächen anderer Nutzung zuführen.

Andreas Wagner (CDU): Natürlich werden

wir mit der niedrigsten Geburtenrate aller Zeiten auch in Wilhelmshaven weniger, so wie in fast allen Städten in Deutschland. Ich möchte jungen Menschen die Perspektive bieten, in Wilhelmshaven zu bleiben, hier zu arbeiten, sich einzurichten und Kinder groß zu ziehen.

Frank Uwe Walpurgis (Freie Wähler): Der demografische Wandel ist ein Schlagwort, das von einigen Politikern gerne benutzt wird. Nicht aber von mir. Zwar findet eine Veränderung in unserer Gesellschaft statt, aber man muss nicht nur immer jammern, sondern auch nach vorne blicken und Gegenmaßnahmen ergreifen.

Eines meiner Hauptanliegen ist, Wilhelmshaven nicht ausbluten zu lassen und den Wegzug von jungen Menschen und Familien zu stoppen. Das geht nur, indem attraktive und vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, also Firmen, Betriebe und Unternehmen in Wilhelmshaven angesiedelt werden. Arbeit muss denjenigen ernähren oder dessen Familie, diese Billigjobs sind keine Perspektive. Und was die FREIEN WÄHLER und ich unter guter Arbeit verstehen, haben wir ja mehr als einmal deutlich gemacht, auch bei Diskussionen bei der ALI und beim DGB.

2. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um die Finanzierung der Aufgaben der Stadt Wilhelmshaven zu gewährleisten?

Stefan Becker: Als Maßnahmen strebe ich u.a. eine Reduzierung der städtischen Beteiligungsverwaltung im Rahmen einer umfassenden Umstrukturierung an. Ich werde eine Bestandsaufnahme der finanziellen Lage und Vermögensgegenstände der Stadt und der Beteiligungsverwaltung vornehmen und mit externen Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern eine eindeutige Transparenz schaffen. Danach wird es eine neue Planung und Steuerung in diesem Bereich geben.

Ich möchte alle bestehenden Gewerbegebiete fördern, damit sich mehr kleine und mittelständische Betriebe niederlassen können. Mein Leitgedanke ist: in Wilhelmshaven zu investieren und andere zum Investieren in Wilhelmshaven zu ermutigen.

Wir brauchen ein nachhaltiges und großes Wirtschaftswachstum, um die gegenwärtige Finanzkrise der Stadt zu überwinden.

Michael von den Berg: Ich will durch interkommunale Zusammenarbeit Kosten senken, Finanzierungsmöglichkeiten bei Investitionen über Subventionen ausloten und durch Tourismus sowie durch die Förderung von kleinen und mittelständischen Betrieben kurzfristig Gewerbesteuereinnahmen generieren.

Musikschule
school of rock
wilhelmshaven
schlagzeug - gitarre - bass
keyboard - gesang - recording
...learn to play.
www.schoolofrock-whv.de
info@schoolofrock-whv.de
Tel.: 04421/366423

Nils Böhme: Es kann auf lange Sicht nur das Geld ausgeben werden, das zuvor eingenommen worden ist. Also sind alle Aufgaben aufzulisten und ihre rechtliche und politische Wertigkeit zu klären. Daraus wird eine Rangliste mit Prioritäten entstehen, in der Bildung und soziales Miteinander den höchsten Stellenwert besitzen. Somit werden die Ausgaben den Aufgaben folgen, alle fremdbestimmten Auf- und Ausgaben müssen jeweils – auch vor Gerichten – auf ihre kommunale Bedeutung geprüft werden.

Rainer Büscher: Einen Kassensturz durchführen lassen, dann die Stadtgesellschaften entprivatisieren und das verschachtelte System auseinandernehmen. Somit werden wir auch wieder mehr Finanzierungsspielraum haben.

Fred Iken: 75 % der Schulden werden durch den Zusammenschluss erlassen.

Thomas Städtler: Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand. Ich denke hier z. B. an die drastische Reduzierung der 49 städtischen Gesellschaften. Kürzungen im Bereich Familie, Soziales, Bildung, Kultur und Sport sind mit mir nicht durchsetzbar. Auf der Einnahmenseite muss durch eine wirtschaftliche Erholung und Neuansiedlungen eine deutliche Erhöhung des Gewerbe- und Einkommensteueraufkommens erreicht werden.

Dr. Michael von Teichman: Durch Wirtschaftsförderung sollen neue Betriebe angesiedelt und die bestehenden gestärkt werden. Mehr Arbeitsplätze bedeuten eine Reduktion der von der Stadt zu tragenden Sozialausgaben und führen auch zu mehr Steuereinnahmen. Die derzeit Arbeitslosen bedürfen einer Qualifizierung. Jugendliche müssen alle einen Schulabschluss haben. Dafür gibt es bereits ein Programm der Stadt. Viele Aufgaben können zusammen mit den umliegenden Gemeinden/dem Landkreis erledigt werden. Verlustbringer in den Beteiligungen müssen saniert werden.

Andreas Wagner: Zurzeit hat niemand einen genauen Überblick, wie hoch der Schuldenstand der Stadt ist – auch ich nicht. Wir brauchen zuerst einen kompletten Kassensturz. Alle Ausgaben müssen unter die Lupe genommen werden, insbesondere auch die der zahlreichen städtischen Gesellschaften. Wilhelmshaven hat einen sehr hohen Anteil an Beziehern von Sozialleistungen. Dies verursacht hohe Kosten, die wir nur minimieren können, wenn wir diesen Menschen die Möglichkeit geben, wieder von ihrer Arbeit leben zu können.

Frank Uwe Walpurgis: Alleine kann man Maßnahmen nicht einleiten, aber Einfluss nehmen. Da es immer besser ist, miteinander zu reden als aneinander vorbei oder gar nicht, würde ich einen "runden Tisch" etablieren, an dem die Wirtschaftsförderung, Gewerkschaften, Behördenvertreter sitzen und man gemeinsam tragfähige und realisierbare Konzepte ausarbeitet, wie man Betriebe hier schnell und vor allem unbürokratisch ansiedelt. Sobald wir weniger Menschen mit Transferleistungen bedienen müssen und sobald der Anteil für die Stadt an der Einkommensteuer steigt, sobald ansässige Firmen Gewinne erwirtschaften und Gewerbesteuer zahlen, umso schneller kommt Geld in die leeren Kassen. Die Pflichtaufgaben muss die Stadt Wilhelmshaven erfüllen, aber ich möchte auch, dass Geld für die freiwilligen Leistungen, die uns alle betreffen, wieder vorhanden ist.

3. Die Energiewende ist eines der Top-Themen in der Bundesrepublik. Wie lässt sie sich in Wilhelmshaven realisieren?

Stefan Becker: Ich bin für die Energiewende und offen für die Technologien aus erneuerbaren Energien. Ihnen gehört die Zukunft und es müssen alle Anstrengungen und Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um diese nach Wilhelmshaven zu holen und sie zu nutzen. Außerdem würde ich mich dafür einsetzen, dass die Gewinnung von Solarenergie insbesondere auf städtischen Gebäuden weiter vorangetrieben wird.

Michael von den Berg: Wenn wir uns endlich davon verabschieden, nur in Kohlekraftwerke und ähnlichen Wahnsinn zu investieren, haben wir Gelder übrig, um erneuerbare Energien zu fördern. Lassen wir das Landesraumordnungsprogramm ändern, können auf den Grodenflächen Windparks entstehen. Auf den jetzt für weitere Kohlekraftwerke verplanten Flächen stelle ich mir ein Zentrum erneuerbarer Energien vor. Mit der Fachhochschule haben wir dafür einen hervorragenden Partner.

Nils Böhme: Regenerative Energien werden hier bislang kaum eingesetzt. Unter Reduzierung der CO2-Produktion wird die Stadt gemeinsam mit der GEW den Einsatz von Wind, Sonne, Wärmerückgewinnung und Biomasse verstärken und Energieau-tarkie für die Stadt anstreben. Zusätzlich sind lokale Netze mit Speicherpuffern zu errichten, die die Energie optimal in der Stadt verteilen und überschüssigen Strom in das bundesweite Netz einspeisen.

Rainer Büscher: Dass die Stadt sich mehr für erneuerbare Energien einsetzt, dass auch die Stadt eigene Betriebe auf Naturstrom umstellt, die GEW zum Umdenken bewegt (kein Atom-, kein Kohlestrom) und Kohlekraft keine Chance gibt.

Fred Iken: Bau und Betreibung von Windkraftanlagen und Solaranlagen. Realisierung eines Wasserkraftwerks und Prüfung eines Gezeitenkraftwerks.

Thomas Städtler: Wilhelmshaven muss weg von der Kohlekraft. Es muss zukünftig konsequent auf die Ansiedlung von Windenergie-Unternehmen insbesondere im Bereich der Offshore-Logistik, aber auch der Offshore-Produktion gesetzt werden. Auch die Bereiche Solarenergie, Erd- ➡

wärme, Gezeitenkraftwerke und Brennstoffzellentechnik sind zu berücksichtigen. Das Deutsche Windenergieinstitut und die Jade-Hochschule sind eng in diesen Umstellungsprozess mit einzubeziehen.

Dr. Michael von Teichman: Der Rat hat bereits die Aufstellung eines Klimaschutzprogramms beschlossen, daran wird derzeit gearbeitet. Weitere Flächen für Windenergienutzung sind identifiziert. Viele Dächer kommunaler Gebäude werden für die Solarnutzung auch überörtlich angeboten. Die Stadt hat vor einigen Monaten den "European Energy Award" in Silber zuerkannt bekommen. Wir arbeiten weiter, um den in "Gold" zu bekommen.

Andreas Wagner: Wir alle waren erschüttert von den Ereignissen in Fukushima. Niemand wollte wahrhaben, dass ein derartiges atomares Unglück in einem hoch technisierten Land wie Japan geschehen kann. Die Energiewende wurde von der CDU-geführten Bundesregierung eingeleitet. Nun sind wir alle gefordert, diese umzusetzen. Ich möchte gemeinsam mit den Entscheidungsträgern in Bund und Land die gesetzten Ziele hin zu einer klimafreundlicheren Energiegewinnung umsetzen.

Frank Uwe Walpurgis: Die Kohlekraftwerke sind nun einmal vorhanden, es müssen aber keine weiteren gebaut werden. Allein das Hickhack um ein zusätzliches Umspannwerk ist unerträglich. Ideal wären Blockheizkraftwerke, die Nutzung von Abwärme für die Beheizung von öffentlichen Gebäuden, Solaranlagen auf vielen Dächern und natürlich auch der Bau und die Verschiffung von Offshore-Windkraftanlagen.

4. Welche 3 Themen-/Problembereiche werden Sie als erstes angehen?

Stefan Becker: Ich will die Neuverschuldung senken und die Konsolidierung des Haushaltes als unsere Grundsatzpolitik verstehen. Sie ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der Vernunft. Dazu gehört die Reduzierung der städtischen Beteiligungsverwaltung im Rahmen einer umfassenden Umstrukturierung.

Michael von den Berg: Aufstellen des Haushalts für 2012, interkommunale Zusammenarbeit und damit auch die wirtschaftliche Förderung der JadeBay-Region sowie die Umsetzung unserer Pläne für Banter See und Südstrand.

Nils Böhme: Da Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen zum Tagesgeschäft gehören, gilt es 1. ein neues Bürgerportal aufzubauen, an dem sich alle Einwohner mit Ideen, Hinweisen und Fragen beteiligen können. 2. ist die Problematik im Stadtsüden um Banter See, Südstrand und Schleuseninsel anzupacken (der Tourismus ist für WHV und das Umland von großem Wert). 3. erfolgen Anpassungen an den demografischen Wandel – angefangen bei Kitas und Schulen als verlässliche Partner bei der Erziehung und Betreuung unserer Kinder bis hin zu Entscheidungen über den Umgang mit leerstehendem Wohnraum.

Rainer Büscher: Bürgernahe Politik betreiben und mit den Bürgern auf gleicher Augenhöhe Politik machen. Abwanderungen stoppen (durch Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung des Wohnumfeldes), auch dazu gehörend, die sozialen Aspekte steigern und die Stadt entprivatisieren.

Fred Iken: Stadtentwicklungskonzepte insbesondere Stadtnorden, verkehrspolitisch vorhandene Gütergleise auch für den Personenverkehr zu nutzen. Die Entstehung von Mehrgenerationshäusern und -konzepten, Schaffung von Jugendprojekten und Jugendzentren. Realisierung einer Jugendherberge. Realisierung eines Gesundheitsnetzwerks.

Thomas Städtler: Verbesserung der Streitkultur in Rat und Verwaltung unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger. Arbeit und Wirtschaft – Neuausrichtung- und Strukturierung der Wirtschaftsförderung, Reduzierung der 49 Gesellschaften, Eigenbetriebe und Beteiligungen und Initiierung einer Qualifizierungsoffensive zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Wilhelmshavener Arbeitssuchenden.

Dr. Michael von Teichman: Haushaltssanierung und Bereinigung der Beteiligungen. Dafür ist die Besetzung der Stelle des Kämmerers unabdingbar.

Eingehende Prüfung unserer verschiedenen Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Wahrscheinlich ist die Einstellung eines externen Profis für die Wirtschaftsförderung erforderlich. Zusammenarbeit mit dem Umland ausbauen, Kontakte zu Landes- und Bundesregierung auffrischen.

Andreas Wagner: Kassensturz und konsequente Ausgabenkritik. Nicht alles, was wir uns leisten, können wir uns in Wilhelmshaven auch finanziell erlauben!

Bestmögliche Begleitung des Projekts JadeWeserPort. Wir haben hier eine Jahrhundertchance, die konsequent genutzt werden muss.

Durch eine kluge und verantwortungsbewusste Wirtschaftsförderung neue Unternehmen in Wilhelmshaven ansiedeln und bestehende zur Expansion bewegen, um neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Frank Uwe Walpurgis: Ansiedlung von Firmen und Betrieben und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen (s. Frage 1); Schuldenreduzierung und Generieren von höheren Einnahmen; besseres und freundlicheres Erscheinungsbild unserer Stadt – und da beziehe ich ausdrücklich den Banter See, das sogenannte "Mischwasser" und touristische und freizeittechnische Dinge mit ein. Entflechtung des Gewirrs von Gesellschaften und Verhinderung von Privatisierung zu Lasten der Beschäftigten.

5. Was sind die 3 wichtigsten Faktoren für die Lebensqualität in einer Stadt?

Stefan Becker: Viele Arbeitplätze, bezahlbare Mieten in vernünftigen Wohnungen sowie ein gutes Kultur- und Freizeitangebot.

Michael von den Berg: Für eine lebenswerte Stadt werde ich mich in den folgenden 3 Themengebieten stark machen: 1. Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsschichten; 2. Saubere Umwelt und gute Infrastruktur; 3. Sport, Kunst & Kultur. Im Fokus steht also immer der Bürger.

Nils Böhme: Verlässliche und langfristige Lebensgrundlagen wie Ausbildung, Arbeit/Beruf und Freizeitgestaltung/Erholung.

Rainer Büscher: 1. Eine gute Wohnqualität für jeden; 2. einen sicheren Arbeitsplatz, der gut bezahlt wird und 3. einen guten Bildungsstandort schaffen.

Fred Iken: Arbeit – Freizeit – Solidarität zwischen Jugend und Senioren

Thomas Städtler: Arbeit und soziale Gerechtigkeit, ein ausgewogenes Bildungsangebot inklusive einer frühkindlichen Förderung für alle Bevölkerungsgruppen und eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik unter besonderer Berücksichtigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Dr. Michael von Teichman: Seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit selbst verdienen zu können und damit unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu werden.

Eine ordentliche Infrastruktur wie Straßen, Rad- und Fußwege zu haben.

Ein gutes Angebot an Bildungs- und Kultureinrichtungen zur Verfügung zu haben.

Andreas Wagner: Arbeitsplätze. Jeder Bürger unserer Stadt soll die Chance haben, selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen zu dürfen und ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.

Bildung. Ich möchte jungen Menschen ideale Zukunftsaussichten bieten. Kindergärten, Schulen und Jade-Hochschule müssen zu Einrichtungen werden, die Kinder und Jugendliche individuell fördern und mit allem Rüstzeug für eine erfolgreiche Zukunft ausstatten.

Arbeit und Lernen sind die Basis. Zum Wohlfühlen gehören auch spannende Einrichtungen für eine bunte Kultur, für Sport, Freizeit und Erholung.

Frank Uwe Walpurgis: Was wichtig ist, ist der von mir in Diskussionen angesprochene "gute Umgangston". Als OB hat man da unbedingt eine Vorbildfunktion. Andersdenkende und kritische Mitbürger/innen dürfen nicht ausgegrenzt werden, jeder hat das Recht auf seine Meinung und Gehör. Die Menschen sollen sich mehr einbringen und Spaß daran haben, und sie sollen sehen, dass sie ernst genommen werden.

Eine saubere, sichere und intakte Stadt ist wichtig, so dass der Wohlfühlfaktor steigt. Die Sicherheit der Einwohner/innen und Gäste muss gegeben sein. Und was wichtig

TRIANGEL
second-hand-shop
An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten
Literatur + Comics u.v.m.
Bahnhofstr. 7 ✶ 26382 Wilhelmshaven
☎ 04421 / 4 21 84

ist, dass Arbeitsplätze vorhanden sind und vernünftiger und gepflegter Wohnraum für Menschen aller Altersklassen und auch für Menschen mit Behinderungen.

6. Wie sieht Wilhelmshaven im Jahre 2019, also nach Beendigung ihrer ersten Wahlperiode, aus?

Stefan Becker: Attraktiver, l(i)ebenwerter und bürgernah. Die Wirtschaft ist hier neu angesprungen und die Arbeitslosenquote liegt unter 8 Prozent. Die Bürger stehen ihrer Stadt positiv gegenüber.

Michael von den Berg: Sicher gibt es dann nicht nur "blühende Landschaften", sondern immer noch zahlreiche Baustellen. Aber die negative Stimmung wird aufgebrochen sein, und wir werden wieder stolz sagen: "Ich bin WHVer!" Das Wichtigste ist, dass wir bis 2019 eine lebenswerte Stadt schaffen und die Weichen für einen nachhaltigen Aufwärtstrend gestellt haben.

Nils Böhme: Bis etwa 2015 wird die Planungs- und Abstimmungsphase für "WHV 2030" laufen, spätestens ab 2016 sind die ersten Umsetzungsschritte einzuleiten. Somit wird in 2019 auch materiell sicht- und greifbar, wie sich das Aussehen und die Funktionalität dieser Stadt ändern werden. Sicher bedarf es umfassender Überzeugung, es wird unterschiedliche Wege und Meinungen geben, aber über das Ziel muss Einigkeit herrschen und es darf nicht aus den Augen verloren werden.

Rainer Büscher: Wilhelmshaven ist spätestens im Jahre 2019 eine bürgernahe Stadt mit einem großen kulturellen Programm, ein Standort für saubere Industrien, einer guten Infrastruktur und eine Stadt der guten Bildung.

Fred Iken: Wilhelmshaven im Aufschwung in allen Bereichen – Umkehr des Abwärtstrends.

Thomas Städtler: Wilhelmshaven ist ein bedeutender Standort für erneuerbare Energien, die Arbeitslosigkeit konnte deutlich verringert werden und die Stadt genießt einen Ruf als weltoffenes und dynamisches Oberzentrum für die gesamte Küstenregion.

Dr. Michael von Teichman: Wir haben die Stadtverwaltung modernisiert, alle Aufgaben geprüft, ob sie nicht besser und effizienter durch Private erledigt werden können. Wir haben die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt und die Sozialausgaben vermindert. Schulen und Bildungseinrichtungen bilden ein gemeinsames starkes Angebot. Der Tourismus floriert. Die Zusammenarbeit mit dem Umland ist exzellent.

Andreas Wagner: Ich möchte, dass Wilhelmshavener wieder stolz auf ihre Stadt sind. Statt Jammern und Meckern brauchen wir Zuversicht. Ich möchte, dass dann jeder in Niedersachsen und in Deutschland weiß, Wilhelmshaven ist eine lebendige Stadt mit guter Zukunft.

Frank Uwe Walpurgis: Besser – so hoffe ich. Das schafft kein OB der Welt allein, aber er kann dafür sorgen, dass auch das Wir-Gefühl steigt und man gemeinsam die wichtigen Dinge anpackt. Ich bin immer für ein Miteinander und das gemeinsame Erreichen von Zielen, und es wäre mir eine große Freude und Ehre, dies für meine Heimatstadt in der Funktion als OB auch zu schaffen!

Noch Fragen? ❑

Hitachi wird's schon richten!

GDF SUEZ will Kraftwerk in Wilhelmshaven trotz ungelöster Probleme 2012 in Betrieb nehmen

(jm) *"Der Schreck saß tief am 30. März 2010: Während eines Erprobungsbetriebes trat Wasserdampf aus undichten Schweißnähten des Kessels in Block 10, dem neuen Steinkohlekraftwerksblock in Duisburg-Walsum. Die Lecks überraschten Kraftwerksbauer Hitachi Power Europe (HPE), da im Block 10 modernste Materialien eingesetzt werden."* (VDI-Nachrichten, 13.08.10)

Entdeckt hatte man nach der Endmontage des Heizkessels, dass 1.500 Schweißnähte an den insgesamt 450 Kilometer langen Kessel-Rohrleitungen defekt waren. Die Leitungen haben offenbar der für die Erzielung eines 46%igen Wirkungsgrades erforderlichen Temperatur und dem Dampfdruck im Kessel nicht standgehalten. Dabei hatte man dafür extra eine auf solche Extrembelastungen ausgelegte Stahlsorte mit der Bezeichnung T 24 entwickelt. Aufgrund dieser Misere hat der Betreiber Evonic-Steag beschlossen, alle defekten Teile komplett auszutauschen. Durch diese Reparatur würde sich die Inbetriebnahme um sechs Monate verzögern, hieß es.

Erst ein Jahr später bestätigte der Bauprojektleiter des GDF-SUEZ-Kraftwerks Frank Albers, *"…dass auch der Kessel für das 800-Megawatt-Kraftwerk auf dem Rüstersieler Groden aus dem Hightech-Stahl T 24 besteht. (…) Ob und wie sich die Probleme auf uns auswirken, kann man im Moment noch nicht absehen."* (WZ, 12.04.11)

Doch inzwischen schienen sich die Spannungs- und Temperaturprobleme des Dampfkessels erledigt zu haben:

Der Kraftwerksneubau von GDF SUEZ *"auf dem Rüstersieler Groden liegt im Zeitplan. Das Milliardenprojekt mit einer elektrischen Leistung von 800 Megawatt und 46 Prozent Wirkungsgrad wird 2012 den Regelbetrieb aufnehmen"*, so die WZ vom 05.08.11.

Doch auf Nachfrage des Gegenwind stimmte das nun doch wieder nicht so ganz:

Telefonisch erklärte Herr Albers, dass es Sache des Herstellers sei, das Problem zu lösen, und dass man davon ausgehe, dass *"…wir in den nächsten Monaten zu konkreten Aussagen kommen können."* Alles andere sei spekulativ.

Doch die Faktenlage lädt zum Spekulieren geradezu ein:

Bis Ende 2012 sind es gerade noch 16 Monate. Und die problematischen Kesselkomponenten sind schon auf dem Baugelände. Wie will man die noch termingerecht temperatur- und druckresistent machen? Oder zaubert Hitachi einen noch widerstandsfähigeren Stahl aus dem Hut und liefert ihn als Ersatz rechtzeitig an? Das können nur Optimisten glauben.

Realistischer scheint zu sein, dass man die bereits angelieferten Komponenten zusammenbaut und mit dem so gefertigten Dampferzeuger unter Inkaufnahme der Macken den Betrieb aufnimmt. Der Kessel müsste – um Spannungsrisse zu vermeiden – dann allerdings mit weniger Temperatur und Druck gefahren werden. Was im Ergebnis weniger elektrische Leistung und der Abschied von dem propagierten 46%igen Wirkungsgrad zur Folge hätte.

Doch noch ein weiteres Hindernis steht dem für 2012 angekündigten Regelbetrieb des 800 MW-Kohlekraftwerks mit 46 Prozent Wirkungsgrad entgegen:

Es gibt noch keinen Anschluss des Kraftwerks an das Stromnetz. Zwar liegt seit dem 02.02.10 die Genehmigung für einen Leitungsanschluss an das Umspannwerk (USW) Maade vor, doch die beantragte 380 kV-Leitung von der Maade nach Conneforde hängt seit dem 27.02.09 im Planfeststellungsverfahren fest. Auch eine Alternativroute über ein zu bauendes Umspannwerk in dem noch in der Planungsphase steckenden Bebauungsplan Nr. 174 für ein Industrie- und Gewerbegebiet bei Antonlust wird im Jahre 2012 kaum mehr zu realisieren sein. Denn erst wenn der B174 durch Ratsbeschluss rechtskräftig geworden ist, kann ein Planfeststellungsverfahren zwecks Bau des Umspannwerks eingeleitet werden. Außerdem müssen noch die Leitungstrassen beantragt werden, und die können erst nach Prüfung der Unbedenklichkeit unter öffentlicher Beteiligung genehmigt werden. Und das dauert!

Wenn Herr Albers trotzdem von einer Inbetriebnahme im nächsten Jahr ausgeht, dann lässt sich dies nur damit erklären, dass GDF SUEZ die bestehende 220kV-Freileitung vom USW Maade nach Conneforde neben dem E.ON-Kraftwerk mitnutzen darf. Der jüngst beim USW Maade angelieferte 220 Tonnen schwere Transformator ist ein Indiz dafür, dass das auch so vorgesehen ist. Offen ist dagegen, ob die Leitungskapazität für den Strom aus dem E.ON- und dem GDF-SUEZ-Kraftwerk vollständig ➡

ausreicht. Ist dies nicht der Fall, dann kann das GDF-SUEZ-Kraftwerk nur in Teillast gefahren werden. Damit wäre auch diesbezüglich die Aussage von Herrn Albers (dass das Kraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 800 Megawatt und 46 Prozent Wirkungsgrad 2012 den Regelbetrieb aufnehmen wird) Makulatur. Diese Überlegungen werden in einem Antwortbrief vom 25.08.11 der Netzbetreiberfirma 'TenneT TSO GmbH' an den Vertreter vom 'Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz' (LBU) in Wilhelmshaven bestätigt. Die Firma 'TenneT' schreibt u.a., dass sie *"vom Kraftwerksbetreiber aufgefordert (wurde), unverzüglich einen Netzanschluss für das im Bau befindliche Kraftwerk auf der Höchstspannungsebene von 380 kV in der Nähe des bestehenden Umspannwerks Maade bereitzustellen. Der in diesem Sinne geschlossene Netzanschlussvertrag mit der GDF Suez als Kraftwerksbetreiber sieht einen eingeschränkten 380 kV Netzanschluss bis 2011 (Ausbau UW Maade ist erfolgt) und in einer weiteren Ausbaustufe einen uneingeschränkten 380-kV Netzanschluss bis 2019 vor.*

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass ohne ein zusätzliches Umspannwerk auf Höchstspannungsebene mit 380 kV der Betrieb von GdF Suez nur in Teillast möglich ist."

Ergänzend teilte Stadtbaurat Klaus Dieter Kottek dem Ratsherrn Joachim Tjaden (BASU) dazu folgendes mit:

"Als 1.Ausbaustufe ist deshalb ein 380 kV Umspannwerk im Bereich der BAB 29, Ausfahrt 4, Fedderwarden. mit Anschluss an die bestehende 220 kV Leitung Conneforde - Maade geplant. Für die 380 kV Freispannungsleitung ist ein gesondertes Planfeststellungsverfahren durchzuführen."
Es gibt also zwei Anhaltspunkte dafür, dass das GDF-SUEZ-Kraftwerk den Wirkungsgrad von 46%, der in der Immissionsschutzgenehmigung festgehalten ist, nicht einhalten kann:

1. die ungelösten Spannungsprobleme in den Kesselrohren des Verdampfers

2. die über Jahre nicht zur Verfügung stehenden Leitungskapazitäten zur Stromeinspeisung in das Leitungsnetz. ❑

Günstige
Finanzierungen
Sie wollen: kaufen, bauen, umfinanzieren oder sich den derzeitigen Zins sichern?
Konditionen auf Anfrage
Finanzdienstleistungen
Generalagentur
Holger Janßen, Gökerstr. 216
26386 Wilhelmshaven
Tel:. 04421 / 77 45 43
Fax: 04421 / 96 66 90

Aus der Schule geplaudert

Der Kultusminister hat gemogelt

Als ich im Radio hörte, dass auch Bernd Althusmann bei seiner Doktorarbeit geschummelt hat, fand ich es im ersten Augenblick blöd, dass man das ausgerechnet am letzten Schultag vor den Sommerferien meldet. Dann fiel mir ein, wie lange Guttenberg rumgehaffelt hat, bis er eindeutig entlarvt war und seinen Abschied nahm, und ich dachte: So ein Thema hält sich einige Zeit – auch die verreisten SchülerInnen und LehrerInnen werden es gewahr werden. Das hat sich bestätigt: Die ganzen großen Ferien über gab es immer mal wieder Neues vom neuesten Plagiator zu hören und zu lesen.

"Demütig", "blass und sichtlich nervös", so meldete die WZ am ersten Ferientag auf ihrer Niedersachsenseite, lauschte Althusmann den Fragen der Journalisten auf der Pressekonferenz, zu der er selber eingeladen hatte. So schlimm wie bei Guttenberg und Koch-Mehrin seien seine Fehler nicht, und bei der Untersuchung seiner Dissertation handle es sich lediglich um eine "wissenschaftliche Auseinandersetzung über die korrekte Zitierweise und nicht um Textübernahme ohne Quellenangabe." (WZ, 7.7.11) (So ist doch auch Geogios Chatzimarkakis bei Anne Will aufgetreten, allerdings mit der zusätzlichen Frechheit, seine Uni erlaube diese irreführende Art des Zitierens.)

WZ, 8.7.: Während Wissenschaftler und Opposition im Landtag Althusmanns Abschied wenigstens als Präsident der Kultusministerkonferenz fordern, stellt sich der Ministerpräsident entschieden hinter ihn (wenn von vorne geschossen wird, ist der Platz hinter dem Ziel auch der sicherste!) und lobt seine Verdienste als Kultusminister. Das kennen wir doch von der Affäre Guttenberg: Stand da nicht auch die Frau Merkel, lobte Theos Arbeit als Bundesverteidigungsminister und erklärte, sie habe ihn ja nicht als Doktoranden oder wissenschaftlichen Mitarbeiter eingestellt?

"Der Minister will schnellstmöglich und mit möglichst großer Sorgfalt wissenschaftlich auf die Vorhalte reagieren", lasen wir am 9.7. in der WZ. Und wir fragten uns: Wie will er das machen, wo er doch schon bei seiner Diss die wissenschaftlichen Standards nicht einhalten konnte? "An der Uni Potsdam beschäftige sich der für Althusmann zuständige Dekan mit den Vorwürfen", und dann werde man sehen, ob eine Kommission einberufen wird.

Nun, die wurde dann einberufen, wie die WZ am 28.7. meldete, und wie vor ihm Theo Guttenberg pfiff Althusmann laut im Keller: "Gelassen" sagte er: "Eine neue Sachlage ist im Grundsatz nicht eingetreten", doch die Landtagsopposition schimpfte und spottete (Beispiel: "Es bleibe fraglich, wie der Minister Schülern noch gegenübertreten und über Bildungsstandards sprechen wolle, 'ohne dass die Gegenseite das Lachen anfängt'",...), und am nächsten Tag wusste die WZ schon von "Spekulationen über Nachfolge".

Dass die "CDU verärgert über neue Plagiatsvorwürfe" sei, berichtete die WZ am 5.8. Dabei waren es keine neuen Vorwürfe, sondern die seit einem Monat bestehenden Vorwürfe waren noch einmal erneuert worden. "Der Münchener Rechtswissenschaftler Volker Rieble hatte Althusmanns Leistung in seiner Dissertation erneut als "Abschreiben" bezeichnet und gesagt: "Wer unterschiedliche Zitierweisen selektiv verwendet, weiß, was er tut", und "auch die geschicktere Form sei als Plagiat zu werten". Nun, warten wir doch einfach ab, zu welchem Urteil die von der Uni Potsdam eingesetzte Kommission diesbezüglich kommt. Die hat am vergangenen Freitag erstmals getagt, doch anders als Kommentator Marco Seng auf der Niedersachsenseite der WZ mutmaßte ("Das Schicksal von Bernd Althusmann könnte sich bereits an diesem Freitag entscheiden"), ist erst mal noch gar nichts passiert. Die Kommission hat bislang nur beschlossen, dass Althusmann "seine umstrittene Doktorarbeit persönlich verteidigen" soll, wie der NDR meldete. Außerdem will die Kommission "auch den Doktorvater des Kultusministers und den Zweitgutachter der Arbeit persönlich hören."

Das könnte pikant werden, da Althusmann sogar aus Publikationen seines Doktorvaters abgekupfert haben soll. Wird der Kollege das verniedlichen und entschuldigen, oder wird er sauer sein?

"Althusmann kannte seinen Doktorvater, den Betriebswirt Dieter Wagner, noch von seinem Studium an der Bundeswehruniversität. Später wechselte der Professor nach Potsdam. Um dort als Fachfremder überhaupt den Doktortitel erwerben zu dürfen, benötigte Althusmann eine Sondergenehmigung. Die Fakultät wertete das Pädagogikstudium in Kombination mit dem FH-Abschluss in Betriebswirtschaft als ausreichende Qualifikation – 'ein Grenzfall', sagt Wagner." So stand es gleich nach Bekannt werden der Plagiatsvorwürfe gegen Althusmann auf ZEIT ONLINE. Dort kann man auch große Teile der Diss des Kultusministers nachlesen und mit den Quellen vergleichen. Ich habe es getan und finde, wir sollten vielleicht alle nicht so streng mit dem obersten Dienstherrn aller Lehrer und Lehrerinnen Niedersachsens umgehen. Nach meinem Dafürhalten ist es nach dem Maßstab, der an Aufsätze von Hauptschülern angelegt wird, eine sehr gute Inhaltsangabe. Und dass es wissenschaftlich nicht sauber ist ("handwerkliche Fehler" nennt Althusmann - wie vor ihm schon Guttenberg - seinen Schmu), ist mit der Note "ausreichend" doch schon hinreichend geahndet.

Oberschule

Ein Minister muss an mehreren Dingen gleichzeitig arbeiten können, hatte es zu Beginn der Berichterstattung über Althusmanns Dissertation geheißen, und dass er das kann, bewies er z.B. mitten in den Ferien: In seiner Eigenschaft als Präsident der Kultusministerkonferenz gab er die Einschätzung ab, dass die Oberschule (Zusammenlegung von Haupt- und Realschule) bundesweit zu erwarten sei. (vgl. WZ, 22.7.11) Die Bundesländer werden ihre Schulsysteme aneinander angleichen. Jetzt schon dauere die Grundschule in den meisten Ländern vier

Jahre, und es werde wohl darauf hinauslaufen, dass es danach überall zweigliedrig weitergehen werde mit der Oberschule und dem Gymnasium.
Seine Parteifreunde in Wilhelmshaven sehen das "vorerst" anders. Am 28.7. berichtete die WZ, dass die hiesigen CDU-Schulpolitiker Möhle und Kunze wie auch Kreisvorsitzender Felbier hier "weder Bedarf noch Chance" für die Oberschule sehen; das sei eher etwas für den ländlichen Raum. 132 Oberschulen niedersachsenweit haben am 18. August den Betrieb aufgenommen. Im Nachbarkreis Friesland gibt es schon Oberschulen in Sande und in Hohenkirchen. Die WZ war in Sande beim ersten Schultag dabei und zitiert Hans-Joachim Vogt, den Leiter der Oberschule Sande, mit den Worten, in der Verschmelzung der Haupt- und der Realschule liege für "leistungsschwächere Schüler eine bessere Chance, sich zu stärkeren entwickeln zu können". (WZ, 20.8.) Dieser Gedanke liegt dem Wunsch der Landtagsopposition und unzähliger Eltern und Kinder nach der flächendeckenden und verbindlichen Integrierten Gesamtschule zugrunde. Mal sehen, ob die Oberschule sich auf lange Sicht als Wegbereiter zu diesem Ziel erweist oder eher als Faktor, der das gegliederte Schulwesen zementiert.

Untergang des Abendlandes?

In Horumersiel gibt es jetzt Kombiklassen an der Grundschule. Laut WZ vom 8.7. werden im Schuljahr 2011/12 die Klassen 1 und 2 und die Klassen 3 und 4 zusammengefasst. Die Alternative wäre die Schließung der Grundschule gewesen; weitere Schulwege für die Kleinen wären die Folge gewesen. Zwei Kinder wurden deswegen von ihren Eltern abgemeldet und woanders eingeschult, und weitere Eltern machen sich große Sorgen. Wir erinnern uns aus der schulpolitischen Diskussion in Wilhelmshaven an die immer mal wieder geäußerten Hinweise von Werner Biehl über das finnische Schulsystem. Seine Absicht dabei ist die Propagierung der gemeinsamen Beschulung aller Kinder. Doch in Finnland gibt es in etwas abgelegeneren Gegenden auch Schulen, in denen alle Schuljahrgänge gemeinsam in einer Klasse unterrichtet werden – mit Erfolg. Der wangerländische Schulausschussvorsitzende wies laut WZ darauf hin, dass Schüler verschiedener Jahrgänge voneinander viel lernen können, "die bestplatzierten Länder bei der Pisa-Studie machten das vor."
Wenn ich die SchülerInnenzahlen in der Grundschule Horumersiel lese, wird mir warm ums Herz: 24 Kinder in Klasse 1-2, 19 Kinder in Klasse 3-4. Ich selber habe während meines Studiums im sog. Landschulpraktikum eine Kombiklasse 3-4 mit 48 Kindern unterrichtet! – Na gut, das ist schon lange her.

Hier gibt es mittelalterliche Getränke
Met (Honigwein)
lieblich - halbtrocken - trocken
Honigbier
Bärenfang
Kirschbier
Schottisches Bier
Kiosk Buß (neben dem KlingKlang)
Mitscherlichstr. 5, 26382 WHV
www.metecke.de

Müssen wir das ertragen?

Die WZ hat eine Serie "Wirtschaft im Dialog", in der Lutz Bauermeister, Hauptgeschäftsführer des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes Wilhelmshaven/Friesland, sich (ausgerechnet!) über soziale Themen äußert. Am 17. August fragt er "Warum gratis studieren?"
Bei seinen Absonderungen im Vormonat über das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder konnte ich mich ja noch bremsen, doch jetzt klappen sich mir die Zehnägel hoch! Die "Umsonst-Unis" sind nicht voller als die "Gebühren-Unis", stellt Bauermeister fest, und er verweist auf die "Studienfinanzierung über Bafög, Stipendium oder Kredite sowie die Möglichkeit von Zuverdiensten z.B. in den monatelangen Semesterferien".
Unser Redaktionsmitglied Matthias hat in diesem Jahr sein Abitur geschafft, muss aber sein Studium aufschieben. Er muss erst einmal das Geld für die Immatrikulationsgebühr verdienen, denn für die gibt es keinen Kredit.

Kein Problem mit dem doppelten Abiturjahrgang?

Ein Plus von 35 % bei den Bewerbungen um Studienplätze vermeldet am 20.7. die Uni Oldenburg. 14.000 Menschen wollen da ihr Studium beginnen. 700 zusätzliche Studienplätze stellt die Uni im Hinblick auf den doppelten Abijahrgang und die Aussetzung der Wehrpflicht bereit. Moment mal! Für annähernd 4.000 zusätzliche BewerberInnen 700 zusätzliche Plätze?

Anette Nowak

Qualität statt Quantität

Im Februar 2011 berichteten wir über eine Abholzungsaktion auf einem Grundstück neben der Gedenkstätte des Außenlagers des KZ Neuengamme am Alten Banter Weg. Uns war damals gesagt worden, dass die Firma Nordfrost dort nur „Aufräumarbeiten" durchführt, es gäbe aber keine Pläne für eine Bebauung.
Von besonderem Interesse ist das Gebiet eben, weil dort die Fundamente der Häftlingsbaracken sind.
Auf der letzten Ratssitzung (24.08.) hatte Linken-Ratsherr Johann Janssen eine kleine Anfrage gestellt, in der er um Aufklärung über die weiteren Planungen an der Gedenkstätte bat.
Stadtrat Jens Graul ging erst einmal auf die Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte ein, die in erster Linie vom Historischen Arbeitskreis des DGB, der IG Metall, Schülern der IGS und der Firma Kuhlmann realisiert wurde. Graul: "Mit Hilfe eines internationalen Jugend-Work-Camps ist eine schlichte, aber eindrucksvolle Gedenkstätte entstanden, die am 18. April 1985, dem 40. Jahrestag der Räumung des KZ-Außenlagers Wilhelmshaven, der Öffentlichkeit übergeben wurde. ... Der Gedenkstein befindet sich im damals eingezäunten Bereich des Lagers, die freigelegten Grundmauern gehören zum Gebäude der Wachmannschaft, welches außerhalb des eingezäunten Bereichs lag."
Zur geplanten Erweiterung der Gedenkstätte sagte Graul: „Nachdem durch die Rodungsarbeiten im Frühjahr 2011 weitere Fundamentreste sichtbar und die Grundstückssituation zum angrenzenden Gewerbegrundstück deutlich wurde, haben erste Gespräche mit den bisher Beteiligten stattgefunden.
Es zeichnet sich unter den Beteiligten (DGB, IG-Metall-Senioren, Fa. Nordfrost, Kulturbüro der Stadt) ein Konsens zur Erweiterung des Gedenkstättenbereichs und einer neuen angemessenen Gestaltung bzw. Begrünung der Grundstücksgrenze ab. Dabei könnten auch wesentliche Teile der jetzt freigelegten Fundamentreste einbezogen und kenntlich gemacht werden."
Hartmut Büsing, der Motor des Historischen Arbeitskreises des DGB zum Gegenwind: „Wir wollen nicht das gesamte Areal des ehemaligen KZ als Gedenkstätte herrichten. Es geht hier um Qualität, nicht um Quantität."
Für alle, die sich mit der Situation des Wilhelmshavener KZ auseinandersetzen wollen: *Hartmut Büsing/Klaus Zegenhagen: Einmal werden froh wir sagen: Heimat, Du bist wieder mein! KZ in Wilhelmshaven – Rüstringer und Wilhelmshavener im KZ, hg. v. Historischen Arbeitskreis d. DGB, Wilhelmshaven 1987.* Die Veröffentlichung gibt es u.a. in der Stadtbücherei. (hk)

An unsere Mitglieder und Förderer

Ihr werdet es sicherlich gemerkt haben – die Erscheinungsweise des Gegenwind ist ein wenig ins Trudeln geraten. Mit dieser Ausgabe liegt euch erst die 5 Ausgabe im Jahre 2011 vor. Die Gründe dafür sind nicht so schnell zu erklären. Schnell zu erklären ist aber, dass wir natürlich auch nicht so viel Geld brauchen, wenn wir nur alle 2 Monate erscheinen. Aus diesem Grunde werden wir auch in diesem Jahr nur 3 Quartale abbuchen – macht was Schönes mit dem Geld. Die nächste Abbuchung findet also erst Mitte November statt. (hk)

JONATHAN
NATURKOST
Die Bio-Frische in Wilhelmshaven
Marktstraße 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 04421/7785555
Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-16.30 Uhr

Energiekrise ante portas

Die Energiewende ist in der Wilhelmshavener Parteienlandschaft nur ein Thema unter vielen

(jm) Deutschland ist in Energiewendestimmung! Landauf, landab wollen immer mehr Gemeinden ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen. Sie gründen Energieversorgungsunternehmen und kaufen mit privaten Partnern die Stromnetze in ihren Demarkationsgebieten von den großen Netzkartellen (wie z.B. TenneT) zurück. Viele nutzen schon die örtlichen Energiequellen und produzieren - weil es sich lohnt - Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse oder Erdwärme.

Begünstigt werden diese Bestrebungen durch Fördermaßnahmen der Öffentlichen Hand, mit denen der Staat bis zum Jahre 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien im Stromsektor auf 35% und im Kälte-/Wärmesektor auf 14% verbindlich steigern will. Ein Fachausschuss des 'Forschungsverbundes Erneuerbare Energien' hat der Bundesregierung die "Vision für ein nachhaltiges Energiekonzept auf Basis von Energieeffizienz und 100% erneuerbarer Energien" für das Jahr 2050 vorgelegt.

Leider begünstigt die Bundesregierung bei den Fördermaßnahmen mal wieder die Energiekonzerne und sonstige Finanzhaie. So z.B. die Offshore-Windparkinvestoren zu Lasten von Bürgerprojekten:
➤*"Fast klammheimlich beerdigt die Bundesregierung gerade ein Projekt, das ein wichtiger Mosaikstein bei der ehrgeizigen Energiewende werden sollte. Hausbesitzer sollten jährlich zehn Prozent der Kosten für Dämmung oder Fensteraustausch von der Steuer absetzen können." WZ 26.08.2011*
➤*"Bis 2020 soll Strom aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind, Biomasse oder Wasser mindestens 35 Prozent des Bedarfs decken. Anfang 2011 waren es rund 19 Prozent. Beim Ausbau setzt die Regierung stark auf Windparks auf hoher See, die stärker gefördert werden sollen. Auch Wasserkraft und Geothermie - Gewinnung von Strom aus Erdwärme - sollen besser vergütet werden. Im Gegenzug sinkt die Vergütung für Windkraft an Land, Biomasse und Photovoltaik." (BUND, 20.07.2011)*

Doch wie stellt sich Wilhelmshaven den Anforderungen der Energiewende? Als Mehrheitseigner des Energieversorgungsunternehmens GEW ist die Stadt in der glücklichen Ausgangslage, über ein städtisches Strom- und Gasnetz zu verfügen. Auch in der kommunalen Strom- und Gasversorgung mit erneuerbaren Energien gibt es rudimentäre Ansätze: So wird das Blockheizkraftwerk (BHKW) im Marinestützpunkt von der GEW neben Erdgas additiv mit Klärgas aus den Faultürmen der Kläranlage im Heppenser Groden versorgt. Zudem ist die GEW im Jade-Windpark mit einem Drittel an der Stromproduktion beteiligt – zwei Drittel stammt aus den Windkraftanlagen der Firma Enercon. Last but not least wird auf vielen Dächern städtischer, gewerblicher und privater Gebäude Strom und Wärme mittels Solar- bzw. Photovoltaikzellen erzeugt.

Der Anteil an der Erzeugung erneuerbarer Energien auf dem Wilhelmshavener Stadtgebiet dürfte zur Zeit aber noch im einstelligen Prozentbereich liegen. Es müssten also gewaltige Anstrengungen unternommen werden, um in den verbleibenden acht Jahren einen vorzeigbaren Beitrag zu dem energiepolitischen Etappenziel der Bundesregierung bis 2020 leisten zu können.

Dabei stellt sich die Frage, welche Potenziale sind in unserem Stadtgebiet vorhanden?

➤ Für weitere Windkraftanlagen sei nur noch wenig Platz vorhanden, heißt es. Zwar gibt es lt. einer Potenzialstudie der Stadt noch zehn Flächen, die für die Platzierung von Windkraftanlagen in Frage kommen, doch deren Eignung ist letztendlich fraglich. Nichtsdestotrotz plant die Stadt für Hersteller von Offshore-Anlagen einen Forschungswindpark bei Anzetel und – um die Gemüter der Zukurzgekommenen zu beruhigen, schließt man einen "*geforderten Bürgerwindpark nicht aus."*

➤ Die Stadt hat die Dächer kommunaler Gebäude für die Ausstattung mit Solar- bzw. Photovoltaikdächern verpachtet. Leider wird hier offenbar Groß-Investoren Tür und Tor geöffnet, statt den Wilhelmshavener Bürgern z.B. im Rahmen eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses ein Beteilungsangebot mit sicherer Rendite anzubieten.

Außerdem wurde von der Stadt ein 26 Hektar großes Grundstück nordwestlich der Raffinerie (Bebauungsplan 191 - Bauens/Memertshausen) zur Verpachtung für die Installation von Fotovoltaik-Anlagen ausgeschrieben. Doch das Ganze war als Windhundrennen für Schnellentschlossene lanciert worden. Die Stadt suchte einen Pächter, der die gesamte Fläche übernimmt, "alles oder gar nichts", lautete die Devise.

In Wilhelmshaven blieben bislang bei solchen Projekten die Bürger außen vor.

Vielleicht gibt es ja noch weitere für Fotovoltaik-Anlagen geeignete Flächen im Stadtgebiet, so z.B. der verfüllte Teil der Kraftwerksasche-Deponie auf dem Voslapper Groden, die man hiesigen Bürgern als Investitionsprojekte für einen kombinierten Solar- und Windpark offerieren könnte. Bei der Umsetzung solcher Projekte sollte man dann aber endlich mal von Handlangern der Finanzindustrie, die das benötigte Geld manchmal in Form von komplizierten Finanzprodukten bei den Kleinsparern einsammeln, Abstand nehmen. Die sind völlig überflüssig, wenn solche Projekte den hiesigen Bürgern auf direktem Wege angeboten werden, so wie es das Wangerland und Schortens mit ihrem Bürgerwindpark vormachen.

➤ Über Möglichkeiten der Biogasgewinnung aus der Mülldeponie Nord gibt es dem Vernehmen nach noch keine Untersuchungen. Über Möglichkeiten der Biogasgewinnung aus Landwirtschaftsbetrieben bzw. Tiermastanlagen ist nichts bekannt. Hier wäre eine kreisübergreifende Zusammenarbeit mit Friesland zu erwägen.

➤ Über Möglichkeiten der Erdwärmenutzung in Wilhelmshaven ist nichts bekannt…

Zusammenfassend wächst der Eindruck, dass Wilhelmshaven nicht energieautark auf Basis erneuerbarer Energien werden kann. Bei einer gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit mit den friesländischen Gemeinden sieht das schon besser aus. Friesland dürfte über überschüssige Energiepotenziale verfügen, und in Wilhelmshaven könnte man eventuell eine der Kavernen im Feld Rüstringen für die Druckluft- oder Wasserstoffspeicherung zum Ausgleich der Stromschwankungen pachten.

Blockheizkraftwerke

Doch die Stadt braucht auch eine sichere Wärmeversorgung. Bislang quellen die Abgase aus zehntausenden von Schornsteinen, weil die Nahwärmeversorgung mit Blockheizkraftwerken (BHKW) sich angeblich nicht rechnet. Zwar gibt es neben dem BHKW im Marine-Stützpunkt einige weitere - allerdings mit konventionellem Erdgas betriebene – BHKW, so z.B. im Reinhard-Nieter-Krankenhaus, dem Spaßbad Nautimo sowie dem 'Jade Schlachthof' – um einige maßgebende zu nennen. Bald soll ein weiteres im Rahmen der Umrüstung des Gymnasiums am Mühlenweg hinzukommen. Schon da fragt man sich, warum man nicht den ganzen ehemaligen Kasernenkomplex zwischen Schelling- und Freiligrathstraße, Mühlen- und Fröbelweg mit einbezogen hat. Aber schon in der Vergangenheit hat man darauf verzichtet, Neubaugebiete mit einer Nahwärmeversorgung zuzüglich Stromerzeugung auszustatten, so z.B. im benachbarten Geschäfts- und Wohnviertel zwischen Göker-, Frieden-, Freiligrath- und Schellingstraße. Auch für die Zukunft stehen solche Projekte in Wilhelmshaven nicht auf der Agenda. Als Grund für die Verwerfung solcher Erwägungen wird im Kern die fehlende Wirtschaftlichkeit angeführt. Im Übrigen sei ja von der Bundesregierung bis 2050 das Null-Energiehaus vorgesehen. Dies geht aus Gesprächen mit

Minicar Dirks
☎ 772211

Wir haben unseren Fuhrpark um einige Großraumfahrzeuge erweitert

Vertretern der GEW sowie des städtischen Umweltamtes hervor. Doch die Bundesregierung traut dem von ihr propagierten Ziel 'Null-Energiehaus-2050' dann doch nicht: Wie jetzt bekannt wurde, will sie auf eine entsprechende gesetzliche Festlegung verzichten. Dafür hält sie aber an dem Bau neuer ineffizienter, umwelt- und klimaschädlicher Kohlekraftwerke als Brückentechnologie fest. Und dies, obwohl der Wirkungsgrad der Kraft-/Wärmekoppelung mittels einer Gas-/Dampfturbinenanlage (GuD) bei ca. 85% liegt - also fast doppelt so hoch ist wie die zwar angekündigten, aber noch nicht nachgewiesenen 46% des neuen Kraftwerks des GDF-SUEZ-Konzerns. Doch dieser uneinholbare Vorsprung in der Energieeffizienz sowie eine mögliche Verringerung der Schadstoffemissionen (inkl. CO2) spielt hierbei wohl eine untergeordnete Rolle.

Nun will die Bundesregierung ja – ab Basisjahr 1990 - bundesweit 40% der CO2-Emissionen bis 2020 und 80-95% bis 2050 einsparen. Folgerichtig hat der Rat der Stadt die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für Wilhelmshaven beschlossen, mit dessen Umsetzung man voraussichtlich im Jahre 2013 beginnen kann.

Immerhin: Für ihre Wärmedämm-Maßnahmen sowie Effizienzsteigerungen bei den Wärmeerzeugern hat sich die Stadt immerhin jüngst den 'European Energie Award' in Silber als Beitrag zum Klimaschutz erarbeitet.

Bedauerlicherweise geht dieses Thema im Kommunalwahlkampf in der Fülle der in unserer Stadt angehäuften Probleme unter. Von dem sich rasant verstärkenden Klimawandel mal ganz zu schweigen: Über die sich immer deutlicher abzeichnende Zuspitzung von globalen Verteilungskonflikten um die restlichen Energieressourcen wird einfach hinweggesehen. Es liegt also eine Fülle zu bewältigender Aufgaben vor uns, um auch Wilhelmshaven als Teil eines Ganzen wetterfest zu machen.

Das Aufgabenfeld ist riesig: Neben Energieeinsparung durch Wärmedämmung, Energieeffizienz sowie erneuerbare Energien sind weitere Aufgaben anzupacken, z.B. ein verbrauchs- und emissionsarmer Kfz-Verkehr (zunächst beim städtischen Kfz-Park) sowie die Einführung eines intelligenten Stromnetzes (Smart Grid) und Energiespeicherung. Dies wird umso besser gelingen, je mehr sich die BürgerInnen mit ihrem Wissen einbringen und/oder sich mit ihrem Ersparten an sinnvollen Energiewende- bzw. Klimaschutzprojekten beteiligen.

Es ist zu hoffen, dass nach den Kommunalwahlen Persönlichkeiten in den Rat einziehen, die - im Rahmen der Umsteuerung unserer Energieversorgung - eine Agenda "Energien in Bürgerhand" beschließen und diese nachhaltig und energisch vorantreiben.

Wenn es dadurch gelingt, die Bürger mit ins Boot zu holen, dann wäre dies nicht nur ein Beitrag zur Energiewende in Zeiten steigender Energiepreise infolge des rasant steigenden Bedarfs der Schwellenländer, sondern auch eine sichere Geldanlage für die Bürger, durch die sie sich den Turbulenzen des Kasinokapitalismus entziehen können. ❑

Gute Arbeit ...

... damit die Kommunen wieder atmen können. DGB-Informationstour über die Arbeitsverhältnisse in Wilhelmshaven

(hk) Unter dieser Überschrift hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund die Vorsitzenden der zur Kommunalwahl antretenden Parteien und die Oberbürgermeister-Kandidaten zu einer Stadtrundfahrt eingeladen.

Was ist gute Arbeit – Die Gewerkschaft ver.di dazu in einer Grundsatzerklärung: *Gute Arbeit ist eine Arbeit, die Menschen ausfüllt, die sie fordert, die ihrer Tätigkeit einen Sinn gibt. Menschen brauchen Anerkennung, Wertschätzung und Respekt. Sie wollen ernst genommen, informiert, an Planungen und Entscheidungen beteiligt werden. Gute Arbeit fördert die Gesundheit und wahrt die Persönlichkeitsrechte. Sie entspricht dem Leistungsvermögen, den Fähigkeiten und den Fertigkeiten der Beschäftigten. Arbeit muss gut entgolten werden, auf die Interessen von Frauen und Männern gleichermaßen ausgerichtet und planbar sein und umfassende Teilhabe ermöglichen.*

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Einkommen durch Arbeit, das ein Leben in Würde ermöglicht. Das Entgelt der Beschäftigten muss entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen, den Anforderungen an ihre Arbeit Rechnung tragen, die Inflation ausgleichen, Ergebnis einer gerechten Umverteilung sein. Der Grundsatz muss gelten: Gleichwertige Arbeit muss gleich entgolten werden.

Jedes Beschäftigungsverhältnis und auch die selbstständige Tätigkeit muss sozial abgesichert sein. Das Dauerarbeitsverhältnis muss die Regel sein. Befristete Beschäftigung bedarf immer eines sachlichen Grundes und darf nur die Ausnahme sein. Auch Leiharbeit muss die Ausnahme sein und für sie muss gelten: Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen vom ersten Tage an. Alle Beschäftigungsverhältnisse sind vor ungerechtfertigter Kündigung zu schützen.

Darum ging es also – doch was hat Wilhelmshaven da zu bieten?

Die Fahrt führte zu den vielen Industriebrachen, wo es eben früher einmal gute Arbeit gab: Oldenburger Zahnradwerke, Kuhlmann, FMW, Autohaus Hillmann, KSW, Orgelbau Führer, Torde, Mangels, Lotze, Olympia-Werke … Wie es heute in diesen Stätten aussieht, macht das Beispiel KSW deutlich: wo viele hundert Menschen jahrzehntelang Arbeit fanden, finden wir heute das „Gewerbeforum Banter See". Die Tafel mit den hier ansässigen Firmen ist ein Beispiel für den Niedergang und auch für die momentane Hoffnungslosigkeit.

Gewerbeforum Banter See (ehem. KSW)- *Von knapp 50 Plätzen sind nicht einmal eine Handvoll besetzt. Foto: gw*

An einigen dieser Standorte findet man auch heute noch (oder wieder) „Gute Arbeit": Krupp-Ardelt, Wessel-Hydraulik, Reichelt-Elektronik, JadeWeserPort, Ineos bis zum Marinearsenal. Als Beispiel hob der DGB-Kreisverbandsvorsitzende Axel Opitz die Firma Manitowoc hervor. Doch auch hier gibt es Schattenseiten – große Arbeitsbereiche, wie z.B. der Wach- und der Reinigungsdienst, wurden ausgesourct. Und hier zeigt sich, dass die Probleme vom Mindestlohn bis zur Leiharbeit inzwischen allgegenwärtig sind. Schlechter sieht es dagegen in den Hallen der ehemaligen Olympia-Werke aus. Hier fanden einmal mehr als 10.000 Menschen "gute" Arbeit. Heute gibt es dort noch 3.000 Arbeitsplätze, schlechte Arbeitsplätze, wie der AEW-Betriebsratsvorsitzende Georg Olbrich zugeben musste: "Das sind 3.000 Billiglöhner in Callcentern, hier findet keine Produktion mehr statt. Von den hier gezahlten Löhnen kann niemand existieren."

Die Leiharbeit boomt, sie ist aber, das machten die Gewerkschaftsvertreter klar, nicht der oft beschriebene 'Jobmotor'. Im Gegenteil, durch die Leiharbeit (Leiharbeiter bekommen ca. 40% weniger Lohn für die gleiche Arbeit als ihre festangestellten Kollegen) dreht sich die Abwärtsspirale noch schneller. Dorothee Jürgensen, DGB-Gewerkschaftssekretärin: "Deutschland ist inzwischen ein Billiglohnland!" Die Gewerkschaftsforderung hierzu: Leiharbeit nur bei kurzfristigen Produktionsspitzen und gleicher Bezahlung.

Eine schlechte Note gab es auch für die Ansiedlungspolitik in Wilhelmshaven. Da werden nur noch Baumärkte und irgendwelche Supermärkte angesiedelt – und gerade diese Ansiedlungen produzieren schlechte Arbeit, solche Ansiedlungen senken das Niveau dieser Stadt. Es gibt nur noch prekäre Arbeitsverhältnisse, nur noch 400-Euro-Jobs, und diese Jobs verhindern sozialversicherungspflichtige Jobs. Die Ansiedlung von Kaufland, das machte ein Sprecher der Gewerkschaft ver.di klar, heißt, wir siedeln hier 400 Euro-Kräfte an. Dazu noch einmal Dorothee Jürgensen: "Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, damit die Kommunen wieder atmen können."

Einige Beispiele guter Arbeit gab es noch – Neue Jadewerft, Turbo-Technik – doch auch hier gilt: Früher war mehr Arbeit (um es mit Loriot zu sagen).

Auch im Marinearsenal gibt es gute Arbeit – doch auch die wird bedroht – nicht nur durch die momentan so viel und laut geäußerten Privatisierungspläne, sondern auch schon durch die jetzige Politik des Ausdünnens der Facharbeiter – pro Jahr gehen 50 Facharbeiter und nur 10 Auszubildende werden übernommen – so wird es nach Meinung des Personalrats und Vertrauensleutevertreters Frank Oltmanns schon bald so sein, dass das Arsenal ein reiner Verga- ➡

bebetrieb ohne Facharbeiter wird.

Abschließende Diskussion auf der Bahnhofstraße – pünktlich und symbolträchtig um 5 vor zwölf, kamen die Parteispitzen und die OB-Kandidaten zu Wort, und hier kamen all die Argumente zusammen, die seit Wochen in der Stadt ertönen.

SPD-OB-Kandidat Städtler meint, dass die Stadtverwaltung keine schlechte Arbeit geleistet hat; Nils Böhme will "Sachverstand an einem Tisch" zusammenbringen. Frank Uwe Walpurgis sieht Chancen im Abbau der Bürokratie, die oftmals ein Hemmnis für Ansiedlungen oder positive Entwicklungen darstellt. Michael von Teichman fordert, endlich einen hauptamtlichen Wirtschaftsförderer einzusetzen, und setzt weiterhin auf Ansiedlung von Großindustrie, aber auch auf die Chancennutzung durch den Boom bei der erneuerbaren Energie. Von den Grünen, der BASU über die SPD und die Freien Wähler bis zur CDU ist man sich einig: Gute Arbeit muss her! Die Sprecherin der Piratenpartei setzt dabei zusätzlich noch auf die ökologische Ausrichtung der Betriebe.

Der Vertreter der Linken, Ralph Herrmann: "Ich kann zu der Diskussion gar nicht viel beisteuern, alles das, was hier von den Gewerkschaften gefordert wird, könnte aus unserem Programm abgeschrieben sein."

So blieb dann auch die einzige wirkliche Kontroverse die Auseinandersetzung zwischen dem schon beinahe trotzig das Hohelied der Privatisierung anstimmenden Michael von Teichman und dem Rest der Welt. Die Politiker und die Kandidaten ums Amt des Verwaltungschefs blieben insgesamt beliebig, offen nach allen Seiten – die wahren Gesichter werden wir wohl erst nach der Wahl kennen lernen. ❑

Es hat sich viel getan

Der Verein zur Rettung der Südzentrale ist gegründet! Das Herz der Stadtgeschichte soll weiter schlagen.

(hk-Pressemitteilung) Neuer Verein zum Erhalt der Südzentrale will für Denkmalpflege sensibilisieren - Ziele: Öffentliches Bewusstsein vergrößern - Bürgerinteressen berücksichtigen - Wirtschaft einbinden - Dialog mit Stadt und Eigentümern neu beleben - Potenziale aufzeigen

Seit der Sperrung der Kaiser-Wilhelm-Brücke schlummert auch deren kulturhistorisch wertvolles Umfeld scheinbar unbeachtet vor sich hin. Doch die Ruhe täuscht: Seit dem Symposium "Südzentrale - war's das?", das Mitte Juni im Marinemuseum abgehalten wurde und auf große Resonanz stieß, ist neue Bewegung in den Kampf zum Erhalt des kaiserlichen Marinekraftwerks gekommen (siehe Gegenwind 259). Am Ende des Symposiums stand der Beschluss, mit einem eingetragenen Verein die vielfältigen Bestrebungen zum Erhalt der Südzentrale zusammenzuführen und auf ein festes Fundament zu stellen. Am 20.Juli 2011 fand im Gemeindehaus der Christus- und Garnisonkirche die Gründungsversammlung für den "Verein zum Erhalt der Südzentrale e.V." statt.

Die Mitglieder waren sich einig über die Notwendigkeit und die Ziele des Vereins. Die Stadt müsse für die Denkmalpflege sensibilisiert und das öffentliche Bewusstsein dafür gestärkt werden. Ganz wichtig sei es, die Wirtschaft in den Prozess und die Aktivitäten zum Erhalt der Südzentrale einzubinden und Potenziale für die zukünftige Nutzung aufzuzeigen. Für den Verein ist das Denkmals-Ensemble aus Südzentrale und Kaiser-Wilhelm-Brücke ein Highlight der Südstadt und "unvorstellbar, dass die Südzentrale irgendwann nicht mehr steht".

Einstimmig wählten die 15 Gründungsmitglieder Rüdiger Nietiedt zum 1. Vorsitzenden sowie Oda Griesemann und Corinna Nickel als stellvertretende Vorsitzende. Zum Vorstand gehören weiterhin Markus Bulla (Kassenwart), Volkmar von Nordeck (Schriftführer) und Imke Zwoch (Pressewartin). Dr. Stefan Huck, Micaela Schweers-Sander und Frank Morgenstern unterstützen als Beirat den Vorstand bei seinen Aufgaben.

Der Verein will die Südzentrale als unwiederbringliches Kulturdenkmal der Gründungsgeschichte der Stadt und Industriedenkmal von internationalem Rang erhalten und sie einer mit dem Denkmalsschutz verträglichen Lösung zuführen. Dies soll vor allem durch intensive Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden. Nietiedt zeigte sich optimistisch: Er registriert einen Stimmungsumschwung bei allen verantwortlich Beteiligten, "die Verhärtungen sind vorbei".

Auf dem Symposium im Juni wurde eine Resolution verabschiedet, die mittlerweile von über Tausendfünfhundert Einwohnern und Gästen der Stadt unterzeichnet worden ist. Damit werden die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik und auch die Eigentümer aufgefordert, das Gespräch miteinander aufzunehmen, die Abrissgenehmigung zu überprüfen, die Pflicht zur Sicherung und Erhaltung des Baudenkmals zu erfüllen und einen öffentlichen Diskurs über das Schicksal der Südzentrale in Gang zu setzen.

Weitere Vereinsmitglieder, die die Aktivitäten zum Erhalt der Südzentrale unterstützen möchten, sind herzlich willkommen. Die Geschäftsstelle des Vereins zum Erhalt der Südzentrale e.V. befindet sich im Havenhaus, Weserstr. 78 a, 26382 Wilhelmshaven. Weitere Infos unter http://www.suedzentrale.de/ ❑

Leserinbrief

Zum Kommentar "Der Niedergang der Wilhelmshavener Linken" von Hannes Klöpper im Gegenwind 259

Lieber Hannes,
es ist nett, dass du geschrieben hast, wir hätten uns als LINKE Wilhelmshavener o.ä. zusammentun können. Von mir kann ich sagen, ich habe keine Lust mehr auf irgendeine Partei. Seit Monaten gehe ich zur BASU, einfach nur, um mich zu informieren. Hier habe ich mehr über Wilhelmshavener Politik erfahren als in den Jahren bei der SPD oder gar bei der LINKEN. Ich höre immer noch Udo Bergners (*SPD-Ratsmitglied von 1972 bis 1991-red*) Spruch "Fachwissen erschwert die Entscheidung". Dies hat dann Neumann noch kultiviert. Der hat der Fraktion und auch dem Parteivorstand wirklich nur das Notwendigste weitergegeben.
Ich habe auf den Versammlungen der LINKEN von Johann Janssen nichts Konkretes gehört und auf Nachfragen nur ein Schulterzucken wahrgenommen. Der hatte also noch nicht einmal eine Ahnung von dem, was er da im Rat machte.
Er hat sich immer nur auf merkwürdige Anfragen im Rat beschränkt, die er aber nicht etwa mit der Parteibasis abgesprochen hat. Um daraus Große Anfragen zu machen, hätte er sich mit Acki Tjaden von der BASU absprechen müssen, aber auch das hat er "vergessen". Seine Anhänger, die jetzt für den Rat kandidieren, finden alles toll und richtig, was Johann macht. So wird dann auch wohl die Ratsarbeit aussehen.
Diese Art, sich mit Politik auseinanderzusetzen, konnte ich nicht nachvollziehen.
Im Übrigen, die BASU ist eine Wählergemeinschaft, keine Partei. Wenn ich auf Pöstchen aus gewesen wäre, hätte ich bei der SPD bleiben müssen, dann wäre ich jetzt im Rat und hätte als stellvertretende OV-Vorsitzende und Mitglied im Parteivorstand sicherlich auch einen aussichtsreichen Platz auf der Kommunalwahlliste bekommen.
Jetzt kandidiere ich auf der BASU-Liste, weil man nicht nur nehmen kann, sondern auch geben muss, denn ich weiß wohl, dass ich auf einem 2. Listenplatz auf der BASU-Liste wenig bis keine Chance haben werde, in den Rat zu kommen. Ich freue mich trotzdem, jetzt eine politische Heimat gefunden zu haben. Und was deine Prognose angeht, hier könne man keine linke Politik verwirklichen: Schau dir die Leute an...Acki, Gerold, Detlef, Matthias, Anette, Elke, Barbara und ich, wir kommen alle aus dem linken Spektrum. Übrigens über die Hälfte Johann-Geschädigte. Warum sollten wir keine linke Politik machen können? Bis jetzt hat die BASU sich gut eingemischt und mit ihren Prognosen überwiegend richtig gelegen. Wir werden sicherlich viel und auch kontrovers weiter diskutieren, aber die Gürtellinie bleibt erhalten!

Liebe Grüße
Helga Weinstock

Fäkales

Alternative Möglichkeiten zur Lösung des Schmutzwasserproblems haben keine Chance

(Gastbeitrag Werner Biehl) Nach dem massiven Druck der Grünen und der Bürgerinitiative "Kaiserliche KanalarbeiterInnen" seit 2006 und einer gemeinsamen Sitzung des Werksausschusses der Entsorgungsbetriebe, des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz und des Ortsrats Sengwarden am 29. April 2008, wurde die Stadtverwaltung per Ratsbeschluss beauftragt, entsprechende Gutachten zum Problem "Mischwassereinleitungsreduzierung" zu veranlassen.

In dieser gemeinsamen Sitzung musste Herr Dr. Rübsamen, Chef des städtischen Gesundheitsamtes, eingestehen, dass es bei Beprobungen nach Einleitungen zu einem weit überhöhten Vorkommen von humanpathogenen Bakterien am Südstrand komme. Grenzwerte seien bis zum 40fachen überschritten worden.

Die von Grünen und der BI vorgeschlagenen Gutachter, u. a. der "Abwasserpapst" Prof. Dr. Otterpohl von der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH), wurden von der Verwaltung rundweg abgelehnt. Beauftragt wurde das Institut für Siedlungswasserwirtschaft und Abfalltechnik der Leibnitz-Universität Hannover unter der Leitung des Herrn Prof. Dr.-Ing. K.-H. Rosenwinkel. Dort wurden mehrere Varianten vorgestellt, u. a. auch eine neue Druckrohrleitung (DRL).

Die Verwaltung und die Entsorgungsbetriebe, gefolgt von den Fraktionen SPD und CDU versteiften sich von Anfang an auf diese Druckrohrleitung. Eine solche Leitung bedarf mehrjähriger Planung und nachfolgend einer mehrjährigen Umsetzung der Baumaßnahmen. Die neue Druckrohrleitung führt quer durch die Stadt. Alle beteiligten Straßen müssten durch die entsprechenden Tiefbaumaßnahmen aufgerissen werden; der gesellschaftliche Schaden durch Staus, Umleitungen, Ganzsperrungen, mittelfristige Vernichtung von Straßenalleen etc. ist nicht berechenbar.

Anfang Februar 2011 wurden der Werksausschuss der Entsorgungsbetriebe und der Umweltausschuss zu einem nichtöffentlichen Workshop in den Entsorgungsbetrieben eingeladen.

Ein Antrag der Grünen auf Öffnung des Workshops für interessierte Bürger wurde einhellig abgelehnt.

Der Workshop hatte als Ergebnis wieder die Druckrohrleitung. Der sehr komplizierte Bewertungsmaßstab für die zu bewertenden Varianten war – aus meiner Sicht - nur von studierten Mathematikern oder nach einem Grundkurs in Stochastik nachzuvollziehen und für "normale" Ratsmitglieder nicht durchschaubar.

Wieso plötzlich die Verringerung der Mischwassereinleitung – eigentliches Hauptziel der ganzen Aktion – nun nur noch mit 15 Prozent in die Bewertung einging, war und ist nicht einleuchtend.

Das Luritec-System fiel unter den Tisch, weil: "erst in der Erprobung", "noch nicht ausgereift", "technische Spielerei für Ingenieure" etc.

Viele übrig gebliebene Fragen zur Umsetzungsproblematik einer neuen Druckrohrleitung quer durch die Stadt und nach dem mir zustehenden Auskunftsrecht (nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung) wurden von der Verwaltung nicht oder nur ausweichend beantwortet. Der Rat entschied sich ohne wesentliche weitere Kenntnisse in seiner gesamten Mehrheit (SPD, CDU, FDP, BASU) für die neue Druckrohrleitung.

Der grüne Versuch, vorher noch - über die Präsentation einer anderen technischen Lösung durch Prof. Dopheide – den Aufschub zur Suche nach weiteren Lösungsansätzen zu erreichen, scheiterte.

Luritec-System

Die Kontaktaufnahme mit der Firma luritec (www.luritec.com) offenbarte ein System, das schnell geplant, schnell umgesetzt und in seiner finanziellen Struktur deutlich besser einzuschätzen und kalkulierbar ist. Alle Teile sind genormt, werden in der Fabrik vorproduziert und werden an Ort und Stelle – wie im LEGO-System – unter Wasser zusammengesetzt und im Boden verankert. Das System ist jederzeit durch weitere normierte Teile in alle Richtungen ergänzbar. Auf den Modulen wird in ebenfalls vorgefertigten Substratwannen ein Schilfgürtel angelegt.

Das Mischwasser, das bei entsprechend auftretenden Regenereignissen sonst in die Jade abgeschlagen würde, wird in das System gepumpt, wird dann durch computergesteuerte Pumpsysteme in die Schilfwannen befördert und fließt durch den Schilfgürtel. Die in den Wurzelbereichen angesiedelten Bakterienkolonien reinigen das Mischwasser bis zur Badequalität auf. Das gereinigte Wasser wird dem Hafen oder dem Kanal zugeführt. Während der Ruhephasen des Systems – weil kein Mischwasser zwischenzulagern und zu reinigen ist – führen die Pumpen das "normale" – für das Blaualgenwachstum geeignete Wasser des Banter Sees durch den Schilfgürtel. Die Bakterienstämme verrichten ihre Arbeit und entnehmen dem Wasser des Banter Sees die Nährstoffe, die für das Blaualgenwachstum Grundlage sind. Das gesamte Wasser des Banter Sees wird auf diese Weise pro Jahr zweimal durch die Schilfzone geschickt.

Vorteile:

- ➤ wegen der genormten und vorgefertigten Teile ergibt sich ein schneller Planungszeitraum,
- ➤ genau kalkulierbare Kosten,
- ➤ schnelle bauliche Umsetzung – unabhängig von den notwendigen Sanierungsmaßnahmen des maroden Mischwassersystems in der Südstadt,
- ➤ erhebliche Verringerung der Einleitungen in den Jadebusen,
- ➤ erheblich längere Gesamtlebenszeit (ca. 60 Jahre) gegenüber der Druckrohrleitung (ca. 50 Jahre),
- ➤ keine die Südstadt massiv belastenden Tiefbau-Maßnahmen,
- ➤ mittelfristig wesentliche Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees
- ➤ stadtplanerisches Highlight (der Schilfgürtel kann durch Cafes, Bootsstege etc. unterbrochen werden),
- ➤ kombinierbar mit den Vernässungen und Herrichtung von Flachwasserzonen für weitere Schilfgürtel im südwestlichen Bereich des Banter Sees,
- ➤ große Flexibilität in der Erweiterung des Systems als Reaktion auf Verschärfungen in der Folge von klimatischen Veränderungen.

Luritec arbeitet seit 7 Jahren an diesem System, hat viele Förderpreise gewonnen, hat sich 3 Jahre mit dem Wilhelmshavener Problem beschäftigt, wird weder über den stattfindenden Workshop oder über die Ergebnisse informiert und bekommt auch keine Antworten auf Schreiben an den amtierenden Oberbürgermeister (zuletzt vor ca. 7 – 8 Wochen).

Der Besuch in Wilhelmshaven ist nur durch großes Engagement der Beteiligten möglich gewesen. Nicht beteiligt waren die Verwaltung, die Entsorgungsbetriebe und die restliche Politik. ❑

Werner Biehl ist Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Wilhelmshaven und u.a. Mitglied im Verwaltungsausschuss und im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus.

hartz IV und recht

Bereite Mittel

Noch einmal das Thema Zuflussprinzip

(noa) Das Problem hat uns keine Ruhe gelassen. Immerhin haben wir es häufig mit Menschen zu tun, denen angesichts künftig zu erwartender Einnahmen das Arbeitslosengeld II schon vorzeitig gekürzt oder ganz entzogen wird und die dann vollkommen verzweifelt sind, weil sie kein Geld zum Leben haben, ihre Miete nicht bezahlen können und Schulden machen müssen, bis das Geld tatsächlich zufließt.

Job-Center-Kunden, die den Mut haben zu fragen, bekommen die Antwort, der Monat, in dem der Zufluss kommt, sei entscheidend, bekommen, wenn sie beharrlich genug sind, auch den Abschnitt des § 11 SGB II ausgedruckt, in dem das so steht. Aber das kann doch nicht richtig sein! Wovon sollen sie in dem fraglichen Monat leben?

Wir fragten den im Gegenwind schon öfter mal erwähnten Oldenburger Rechtsanwalt Alfred Kroll. Er gab uns die Auskunft, dass im SGB II in einkommensrechtlicher Hinsicht der Grundsatz der "bereiten Mittel" gilt. Der Bedarf, so Kroll, ist zu Beginn eines Monats sicherzustellen. Eine Rente z.B. wird erst zum Ende eines Monats ausgezahlt. In diesem Fall muss das Job-Center dem Hilfesuchenden zur Überbrückung der zeitlichen Notlage ein Darlehen bewilligen.

> ***"Es gehört zu den Prinzipien des Grundsicherungsrechts, dass Antragsteller zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes grundsätzlich nur auf sog. bereite Mittel verwiesen werden dürfen."*** (aus einem Beschluss des Landessozialgerichts Niedersachsen - Bremen – Az.: L 13 AS 58/07 ER)

Genau das hat uns auch der gesunde Menschenverstand gesagt, und alle Betroffenen erwarten auch genau das. Aber zahlreiche Hartz IV-Berechtigte berichten, dass sie beim Job-Center auf die Frage, wovon sie leben sollten, bis das Geld kommt, lediglich ein Schulterzucken oder ein Kopfschütteln erleben.

Familie J. aus unserer Meldung in der letzten Ausgabe bekam statt eines Darlehens einen Vorschuss angeboten, als Frau J. ab Dezember eine Rente wegen Erwerbsminderung bekam. Mit einem Vorschuss hätte sich das Problem jedoch nur in den Januar hinein verlagert, und so versuchte Herr J. es bei seiner Sparkasse. Es bestand schon ein Soll auf dem Girokonto aus Zeiten, zu denen Herr J. noch Geld verdiente, und das musste er nun erheblich vergrößern. Doch die Sparkasse nimmt Überziehungszinsen in Höhe von 12,85 % p.a. – ein Darlehen vom Job-Center ist zinsfrei. Es war also keineswegs Jacke wie Hose, wo die Familie ihre Schulden hatte. Und als nun das neue Schuljahr anstand, der zweite Sohn zur Schule und der dritte zum Kindergarten kam und große Geldausgaben (Schulranzen und Hefte, Stifte etc. für den größeren, Hausschuhe, Turnschuhe und Regenbekleidung für den jüngsten Sohn) auf die Familie zukamen, wurde ihnen wieder einmal bewusst, wie sehr die Miesen auf dem Girokonto drücken.

Wir schilderten den Fall Herrn Burkert, dem Geschäftsführer des Job-Centers. Er stimmte seiner Mitarbeiterin, die ein Darlehen für die aktuellen Ausgaben ablehnte, zu, doch bezogen auf das im Dezember nicht gewährte Darlehen sah auch er, dass das falsch gelaufen war. Familie J. solle sich von ihrer Sachbearbeiterin einen Termin geben lassen, er habe sie schon informiert.

Das klingt so, als würde das Job-Center jetzt umschwenken und das Prinzip der bereiten Mittel anwenden. Aber dieser Eindruck täuscht: Ein junger Mann bekam zum 1. August nur einen halben Monatsbetrag angewiesen, weil er am 17. August eine schulische Ausbildung beginnen würde und dann ja BAFöG-berechtigt wäre. Diese Ausbildungsförderung kommt natürlich nicht am ersten Tag einer Ausbildung, von der noch gar nicht klar ist, ob sie laufen wird – bis zum Schuljahrsbeginn stand noch nicht fest, ob es genügend Anmeldungen für eine Klasse geben würde. Der junge Mann ging nach der mündlichen Auskunft, so sei das nun mal, zur Notfallzeit zum Job-Center, landete bei einem anderen Sachbearbeiter, der das mit den bereiten Mitteln verstand und seine Kollegin entsprechend instruierte – und das Geld wurde tags darauf bar ausgezahlt. (Die Sachbearbeiterin rief den jungen Mann rein, legte ihm ein Papier hin, sagte nur "durchlesen und unterschreiben" und gab ihm eine Karte für den Geldautomaten.)

Anders ist es bei einem Abiturienten, der am 1. September ein Freiwilliges Soziales Jahr beginnen wird. Er bekam einen Bescheid, in dem die Vergütung, von der er noch nicht weiß, wann sie ausgezahlt wird, von der er jedoch annimmt, dass sie jeweils zum Ende des Monats kommt, ab September angerechnet wird. Er wird, wenn er im Job-Center niemanden findet wie der o.g. junge Mann, im September seine Miete und den Abschlag für die GEW nicht bezahlen können.

Herr J. hat mittlerweile seinen Termin beim Job-Center, den er auf den Rat von Herrn Burkert hin erbeten hatte, gehabt. Man gewährte ihm ein Darlehen in der Höhe einer Monatsrente seiner Frau – jetzt! – im August statt damals im Dezember. Das Darlehen ist rückzahlbar in Monatsraten von zweimal 10 % des monatlichen Regelbedarfs – da es sich ja um zwei Antragsteller handelt.

Das ist schon eine kleine Erleichterung, da das Soll auf dem Girokonto deutlich kleiner wird und damit auch die Zinsen geringer sind. Aber was ist mit den Zinsen für diesen Betrag, die neun Monate lang angefallen sind? Diese Frage beantwortete die Sachbearbeiterin mit der Bemerkung, Herr J. hätte sich ja früher wehren können!

Herr J. fragte Werner Ahrens, den Sozialberater der ALI, um Rat. Dieser fand, dass eine Rate von einmal 10 % genügen müsse, da Frau J. als Rentnerin gar nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft zählt, und riet dazu, die Angelegenheit einschließlich der Frage nach den Zinsen vom Sozialgericht entscheiden zu lassen.

Was sollen aber alle anderen machen, denen irgendwann durch Job, schulische Ausbildung, Studium oder Rente ein Zufluss an Geld winkt, damit sie im Monat des Zuflusses noch einmal Alg II als Darlehen bekommen? Der Rat der ALI: Gleichzeitig mit der Mitteilung, dass Lohn, BAFöG oder Rente zu erwarten ist, das Darlehen für den Monat des Zuflusses schriftlich (!) beantragen und einen rechtsmittelfähigen Bescheid bis zu einem Tag deutlich vor dem Zuflussmonat fordern, damit zur Not noch Luft für ein Eilverfahren vor dem Sozialgericht ist. Das ist keine hundertprozentige Garantie für eine geldlose Zeit, da die zuständige Sachbearbeiterin ja krank oder in Urlaub sein kann, aber dieses Vorgehen vergrößert die Chancen auf rechtzeitige Auszahlung des Darlehens.❑

Ja, klagen!

Kaum jemand ruft gerne das Gericht an und verärgert damit die Behörde, von der er abhängig ist. Manchmal geht es aber nicht anders. Das SGB II ist in dieser Frage widersprüchlich in sich: Einerseits legt es die Zahlung von Alg II zu Beginn des Monats

fest, andererseits bestimmt es die Anrechnung von zufließenden Mitteln im Monat des Zuflusses. Ob der Gesetzgeber hier schlicht getorft hat (das glaube ich) oder ob es Absicht war, die Bedürftigen zur Verzweiflung zu treiben (das glauben die Betroffenen), sei dahingestellt.

Es wird vermutlich keine Schikane eines einzelnen Job-Center-Beschäftigten sein, wenn er sich an den Buchstaben des Gesetzes hält. Es ist dann aber Sache des Vorgesetzten, seine MitarbeiterInnen anzuweisen, zur Vermeidung von verlorenen Prozessen oder auch aus Menschlichkeit das Gesetz so anzuwenden, dass die Bedürftigen nicht in noch größere Not geraten.

Mit der Verabschiedung eines Gesetzes ist noch kein Recht geschaffen. Es sind die Gerichte, die anlässlich von konkreten Einzelfällen die Gesetze im Sinne übergeordneter Rechtswerte deuten und anwenden. So war es damals mit dem Bundessozialhilfegesetz, so ist es mit den Hartz-Gesetzen. Wenn es viele Beschlüsse und Urteile wie das des LSG Niedersachsen-Bremen gegeben hat, kommt das zuständige Ministerium auch irgendwann dahin, eine entsprechende Anwendungsvorschrift zu erlassen. Jede/r einzelne Kläger/in hilft mit, dass das bald passiert!

Anette Nowak

Wahlkampf bei der ALI

Die zweite Runde der OB-Kandidaten-Vorstellung bei der Arbeitsloseninitiative war lebhafter als die erste

(noa) "Im Juli wird sich zeigen, ob einer der übrigen OB-Kandidaten mehr Begeisterung wecken kann", so endete unser Beitrag über die Vorstellung von fünf Oberbürgermeisterkandidaten in der ALI-Versammlung im Juni (GW 259). Die restlichen fünf waren für den 12 Juli eingeladen.

Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland ALI

Dr. Michael von Teichman (FDP) hatte abgesagt, weil die Veranstaltung in seiner Kernarbeitszeit lag. Natürlich weiß er, dass man für so eine Gelegenheit freinehmen kann, doch für ihn wäre das Werben bei Erwerbslosen vertane Zeit, weiß er doch, dass jeder weiß, dass er sich in keiner Funktion für deren Belange einsetzen wird.

Nils Böhme kandidiert als Einzelbewerber. Er betonte, dass ein Oberbürgermeister neutral sein soll, und bedauerte, dass die im Rat vertretenen Parteien keinen gemeinsamen Kandidaten gefunden haben. "Zwischen Rat und Verwaltung herrscht kein vertrauensvolles Verhältnis", findet er und will es ändern, und bezüglich der bisherigen Entwicklung Wilhelmshavens stellt er fest: "Man fängt etwas an und hört wieder auf", was seiner Meinung nach am Fehlen verbindlicher Ziele liegt. Die finanzielle Knappheit Wilhelmshavens dient, so Böhme, als Totschlagargument, wobei doch auch mit wenig Geld viel Gutes bewirkt werden könne, und außerdem: Geld ist da, es wird nur falsch ausgegeben.

Stefan Becker gilt ebenfalls als Einzelbewerber, weil seine "Wilhelmshavener Bürgervereinigung" keine Partei ist. Er weiß sicher, dass er siegen wird; er hat viele Wilhelmshavener gefragt (nein, -noa- hat sich nicht verhört: Am nächsten Tag konnte sie es auch in der WZ lesen), und wenn er Oberbürgermeister ist, wird die Stadt einen "Schwung nach oben" erleben. Die Haushaltslage ist noch schlimmer als desaströs, findet Becker, und er räsonierte: "Wenn man Millionen für sechs Rohrdommeln ausgeben kann ..."

Für die Piratenpartei tritt Rainer Büscher an, der es als falsch bezeichnete, dass an Kindern und Jugendlichen gespart wird, deshalb Lernmittelfreiheit und einen Mittagstisch für jedes Kind forderte, das Freizeitangebot Wilhelmshavens zu gering und zu teuer findet und Handlungsbedarf im kulturellen Bereich sieht. – vor allem aber: "Es ist grauenhaft, was das Job-Center macht". Da kann er mitreden, war er doch zum Zeitpunkt dieser Versammlung selber arbeitslos, und noch einen Punkt versuchte er bei diesem Publikum zu erzielen: Er will als OB die Selbsthilfegruppen und die ALI besser anhören.

Frank-Uwe Walpurgis, der für die Freien Wähler antritt, weiß aus seiner Funktion als Verwaltungsangestellter bei der Stadt, dass der Umgangston im Rathaus und beim Arbeitsamt schlecht ist, und er findet, dass die Klüngelei und Postenschacherei nicht weitergehen darf, meint, dass Geld verkleht wird durch Posten und Verträge und möchte dem Fraktionszwang den gesunden Menschenverstand entgegensetzen. "Wilhelmshaven hat Potenzial, es muss nur genutzt werden", sagte er, und auf Prestigeprojekte (die Pflasterung der Marktstraße nannte er als Beispiel) will er verzichten.

Worauf keiner der Kandidaten vorbereitet war: Ein etwas betagterer Zuhörer schimpfte: "Was hier passiert mit den älteren Leuten, ist eine Schweinerei!" Er nannte exemplarisch die Mieterhöhungen bei der WOBAU Jade (die ja mal städtisch war, aber verscherbelt wurde und seither von einer Heuschrecke an die nächste weitergegeben wird). Er wies darauf hin, dass 40 % hier über 60 Jahre alt seien, von den Kandidaten aber hierzu keine Stellungsnahme gekommen war. – Stimmt: Die OB-Kandidaten (auch beim vorigen Mal) äußerten sich über Kinder und Jugendliche, nicht aber über die Menschen höheren Alters, und von denen haben wir in Wilhelmshaven noch mehr als andere Kommunen in Deutschland.

Stefan Becker griff den Gedanken auf und erklärte, dass der OB an der Rentenhöhe und an der Inflation nichts machen kann. Seine Wilhelmshavener Bürgervereinigung will jedoch aus der ehemaligen Kaserne Ebkeriege ein Mehrgenerationendorf machen. Und dann brachte er den Knaller: Die Hartz IV-Berechtigten "sind ja nicht alles Leute, die nicht arbeiten wollen", gab er zu bedenken, um gleich darauf von Stellen zu berichten, die mangels Arbeitsbereitschaft von Erwerbslosen nicht besetzt werden konnten. Wow!

Eine interessante Wende in der Diskussion brachte der Beitrag eines Zugezogenen, der früher häufig zu Besuch in Wilhelmshaven war. Er mokierte sich über die Schönfärberei, die in Wilhelmshaven immer stattfindet, erinnerte sich daran, dass früher immer gesagt wurde, wenn die Autobahn erst fertig sei, dann werde alles besser, und er fragte: "Habt ihr die letzten Jahre total verpooft?" (Jetzt ist es der JWP, nach dessen Fertigstellung alles besser wird.)

Ein Gast verwies auf den demografischen Faktor und forderte Konzepte des Schrumpfens ein, Böhme bestätigte, dass Wilhelmshaven die 70.000er-Marke 2025 passieren wird, und Becker wollte dagegen wetten: Er als Kämpfer wird sich dem demografischen Wandel nicht ergeben!

Lebhafter als in der Juni-Versammlung war es, und der Unterhaltungswert war deutlich höher. ❑

Südstadt!
BAVARIA KRUG
Betreutes Trinken seit 1913!

Rechtschreibwerkstatt
Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

ROCK FISCH
MUSIKKNEIPE IM SÜDEN DER STADT
Mainstraße 22 ★ Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Unübliche Gewerkschaftsarbeit

(red) Im November 1997 schrieb der Gegenwind: "Seit Manfred Klöpper den Vorsitz des DGB-Kreises Wilhelmshaven/Friesland übernahm, hat sich gewerkschaftspolitisch in dieser Stadt viel bewegt. Aus dem rosa Gewerkschaftshaus seines parteigebundenen Vorgängers wurde eine rote Burg mit deutlichen grünen Farbklecksen."

Diese Aussage hat auch für Manfreds Arbeit als Vorsitzender des DGB-Kreises Oldenburg Bestand.

1985 bis 1998 war Manfred Klöpper DGB-Kreisvorsitzender in Wilhelmshaven und bis zu seiner Verabschiedung dann Vorsitzender des DGB-Kreises Oldenburg/Wilhelmshaven.

Im Gegenwind 60 vom Juli 1985 heißt es zu seiner Wahl:

Ein Vorstandsmitglied zum Gegenwind: "Von Manfred erhoffe ich mir mehr. Nur schade, dass er kein Sozialdemokrat ist". In der Tat ist Klöpper seit einigen Jahren nicht mehr Mitglied der SPD. Erstmalig seit Bestehen des DGB-Kreises steht jetzt ein "Parteiloser" an der Spitze. Hierzu Klöpper: "Das gibt mir die Möglichkeit, unbefangen mit Vertretern aller politischen Richtungen zu verhandeln." Enge Kontakte gedenkt er auch zur Friedensbewegung und zu anderen Initiativen zu halten. "Überhaupt möchte er eine bisher unübliche Gewerkschaftsarbeit leisten."

Zeichnung von Erwin Fiege im Gegenwind 60

Der Gegenwind gratuliert "dem Neuen", wünscht ihm viel Erfolg ... und verspricht, ihn und sein Wirken nicht aus den Augen zu verlieren.

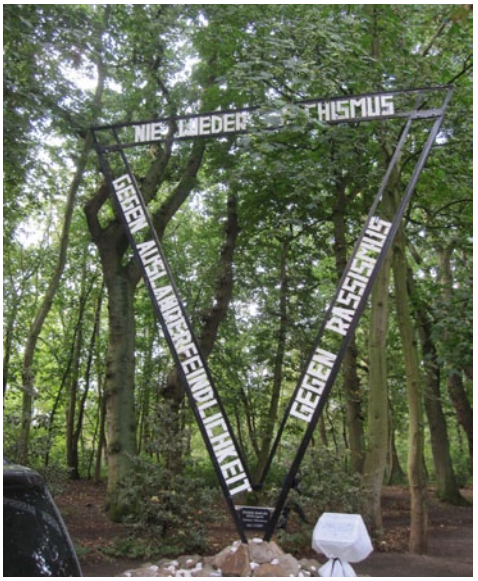
Der Gegenwind berichtete noch unzählige Male über Manfred Klöppers Gewerkschaftsarbeit.

Zu Manfreds Schwerpunkten gehörte immer der Kampf gegen Faschismus, wo immer er sich auch zeigte. Er war an der Realisierung vieler Gedenkstätten in Wilhelmshaven maßgeblich beteiligt. Sein Weg war immer klar, er war Motor vieler Bewegungen, bot vielen Bewegungen die Unterstützung durch die Gewerkschaft, ermöglichte viele Bewegungen.

In Wilhelmshaven hat die Gewerkschaftspolitik Manfred Klöppers ein ganz neues Kapitel der Gewerkschaftsarbeit aufgeschlagen. Wilhelmshaven ist ihm zu Dank verpflichtet, der Gegenwind ist ihm zu Dank verpflichtet.

150 Gäste aus den Gewerkschaften, der Politik, aus Forschung und Lehre, aus den Arbeitgeberverbänden und der Industrie- und Handelskammer, den Kirchen und den Medien waren dabei, als Manfred Klöpper bei seiner Verabschiedung am 24.August zusammen mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Michael Sommer eine Tafel am Mahnmal gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit auf dem Gelände des Alten Kurhauses in Dangast enhüllte.

Wir wissen, dass sein Ruhestand nichts mit Ausruhen zu tun haben wird. Er wird an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg forschend und lehrend tätig sein, und er wird mit Sicherheit auch noch so einige Male Wilhelmshaven mit seinem Sachverstand und seiner Aktivität heimsuchen. Wir freuen uns drauf! ❑



Anzeige

WWW.BASU-WHV.DE BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 2. U. 4. MONTAG | RUSCHEREI | 19.30 UHR!

AM 11. SEPTEMBER 2011 IST NICHT NUR IHRE STIMMEN GEFRAGT, SONDERN BESONDERS IHR WILLE ZUR VERÄNDERUNG.

Das Kreuz mit den Kreuzchen ... wo machen und nicht wissen, ob es Wilhelmshaven wirklich hilft? Wilhelmshaven soll schöner werden und braucht, um sein Potential zu entdecken, schon mehrere Dekaden. Die Bürger wurden in dieser Zeit schön für die Produkte einiger weniger Interessenvertreter konditioniert und erholen sich nur langsam, wenn überhaupt, von dieser Bevormundung. Dieses Mal scheint alles anders, denn es sind verschiedenste Interessenvertreter auf Stimmenfang. Kein Alleinstellungsmerkmal, wie man vielleicht denkt, sondern viel mehr ein Trend. Sich langfristig als Politiker zu engagieren ist „out". Sich für bestimmte Projekte einzusetzen wird immer interessanter für engagierte BürgerInnen, die keiner Partei mehr angehören möchten. Viele werben schon damit, aber die BASU ist schon mittendrin und praktiziert diesen Strukturwandel seit 5 Jahren, also von Anfang an. Althergebrachte Strukturen, vorgefertigte Aufstiegsleitern, Fraktionszwang oder die Mitgliedschaft in einer „Schlagenden Verbindung" sind keine Kriterien für politisches Engagement, sondern Hemmschuhe. Über 30 Jahre herrscht fantasieloser Stillstand in Wilhelmshaven und das Großindustriealisierungskonzept hat sich als Irrweg erwiesen. **SIE KÖNNEN VIEL VERÄNDERN, MIT IHRER STIMME AM 11. SEPTEMBER 2011 UND MIT IHREM NACHHALTIGEN ENGAGEMENT.**

BASU
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN
BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES | UMWELT
WWW.BASU-WHV.DE

©GRUPPO1635.COM | foto.hufenbach

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT: WWW.BUERGER-WHV.DE